

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kleinvertriebsstellen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die neunmal geteilte Monatsrate über deren Raum 20 Pf. für die Restsumme (anzuführen an dem betreffenden Tag einer Ausgabe) 1,80 M. Einlagen-Konten nur wochentags von 9 Uhr an in der Expeditions Dresden-K. 1. Gültigkeit bis 31. 12.

Belegpreis: frei Haus monatlich 2,50 M. (inkl. im voraus), durch die Post 2,70 M. (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Recht auf Änderung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Belegpreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Redaktion: Gerichtsstraße 1, Fernruf 17 250. Vertriebsbüro: Dresden 10, Gerichtsstraße 15-16 Uhr allg. Geschäftsstunden, Mittwochs 17-18 Uhr betriebl. und arbeitsrechtl. Fragen, Freitage 18-19 Uhr juristische Geschäftsstunden.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 2. Oktober 1930

Nummer 230

Unsere Antwort an Brüning

Die Kommunisten fordern

Gegen das faschistische Raubprogramm der Herrschenden — Kampf für Brot und Freiheit unter Führung der Kommunistischen Partei

Die Hindenburg-Brüning-Regierung hat ihr faschistisches Hungerprogramm im Auftrage des deutschen Finanzkapitals veröffentlicht.

Angesichts ein „Programm der Rettung“ — in Wirklichkeit ein Programm der Aufbahrung der mörderischen Lasten des verbrecherischen Young-Planes und der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Massen.

Angesichts ein „Sparprogramm“ — in Wirklichkeit die brutale Hungerblockade gegen das ganze werktätige Volk.

Gestützt auf die alarmierte Schupo der Wenzig und Fried, auf die marschbereite Reichswehr der Hammerstein und Schleicher, will Brüning sein Programm der faschistischen Diktatur durchführen. Er will dabei unter höhnischer Verharmlosung der Millionen Wählermassen den Reichstag als überflüssig und unbedeutend gewordene demokratische Kulisse

der Ausbeuterdiktatur mit einem Fußtritt beiseite schieben. Er hat sich bereits die aktive Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Verhandlungen mit Otto Braun gesichert. Er hat die Gewissheit, daß die Nazi-Führer in den Landesregierungen (Thüringen, Braunschweig) ihn bei der Durchführung seines Diktaturprogrammes unterstützen werden.

Lohnraub für die Arbeiter aller Industrien, Gehaltsabbau für die Beamten und Angestellten, Raub der Arbeitslosenunterstützung, neue Lasten durch Steuern und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Mieten und Abbau des Mieterschutzes, verschärfter Zollwucher — mit einem Wort: unersäglich Not für die werktätigen Massen! — das ist das Brüning-Programm.

Dafür werden den Besessenen Militärangelnder durch

Steuererlaß, Steuererlässungen, Subventionen und Geschenke an die Großagrarier in den Rücken geschleudert.

Neur als 6 Milliarden jährlich an neuer Ausplünderung — das sind die Milliardenausgaben für den Young-Plan und dazu noch neue Riesenprofite für die deutschen Finanzkönige, für die Schatzkammer der Industrie, der Börse und des Agrarkapitals.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, gestützt auf das Vertrauen von 4,6 Millionen Wählern, stellt dem Raubprogramm des Finanzkapitals, das Brüning präsentiert, das die Faschisten und Sozialfaschisten unterstützen, die unmittelsbaren Kampfesforderungen der werktätigen Massen in Stadt und Land entgegen. Sie setzt dem verlogenen „Sparen“ der kapitalistischen Tropfenpolitik ein wirkliches Sparen, die Forderungen zur Durchbrechung der Ausplünderung des in- und ausländische Kapital entgegen.

Das Programm der Reichen und Satten

Hier der Brüning-Entwurf:

| | |
|--|--------------------------------|
| 6 Prozent Gehaltsabbau für Beamte und Angestellte im Reich | 120 Millionen im Jahre |
| Dasselbe für Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost | 400 Millionen im Jahre |
| Kürzungen der Heberweilungen an Länder und Gemeinden | 100 Millionen im Jahre |
| Kürzung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung | 265 Millionen im Jahre |
| Währliche an Sozial- und Kulturbereich des Reiches | 300 Millionen im Jahre |
| Erhöhung der Tabaksteuer | 177 Millionen im Jahre |
| Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2% | 250 Millionen im Jahre |
| Ferner neue Lasten durch Lohnabbau, Mieten- und Zollerhöhung | 3500 Millionen im Jahre |
| Insgesamt: | 5112 Millionen im Jahre |

Die Forderungen für die Armen und Hungernden

Hier die Reichstagsanträge der KPD.:

| | |
|---|--------------------------------|
| Eosortige Einstellung der Zahlungen des Young-Plans | 2000 Millionen im Jahre |
| Streichung der Ausgaben für die Reichswehr | 750 Millionen im Jahre |
| Streichung der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei | 600 Millionen im Jahre |
| Sondersteuer auf Millionäre (20 Prozent) | 1800 Millionen im Jahre |
| Besteuerung der Dividenden (20 Prozent) | 320 Millionen im Jahre |
| Sondersteuer auf Aufsichtsrats-Tantiemen (20 Prozent) | 200 Millionen im Jahre |
| Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 M. (20%) | 380 Millionen im Jahre |
| Streichung aller Subventionen | 500 Millionen im Jahre |
| Einsparung aller hohen Gehälter der Beamten, Angestellten in öffentlichen Stellen (über 8000 Mark) und der Riesenpensionen (über 6000 M.) | 200 Millionen im Jahre |
| Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Teno, Schlichtungswesen | 300 Millionen im Jahre |
| Insgesamt: | 7150 Millionen im Jahre |

7150 Millionen für die Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten!

7150 Millionen für Brot und bessere Existenz der Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten gegen das Ausbeutungsprogramm der Reichen.

Zuerst für die Arbeitslosen, für deren Wiedereinstellung in den Produktionsprozess die sofortige Einführung des Stielenkubentages bei vollem Lohnausgleich. Für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einheitlich nach zwei Wirtschaftsjahren. In Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber für den Hauptunterstützungsempfänger 22 Mark pro Woche, für den unterhaltsberechtigten Angehörigen vier Mark pro Woche. In ländlichen Gebieten und Städten unter 10 000 Einwohnern für den Hauptunterstützungsempfänger 20 Mark pro Woche und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen drei Mark pro Woche. Die Auszahlung dieser Unterstützung hat vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit bis zum Wiedereintritt in den Produktionsprozess zu erfolgen. Anspruch auf diese Unterstützung soll jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit haben.

Erhöhung der Unterstühtungen für die Wollfahrtsunterstützungsempfänger. Sofortige Bereitstellung einer einmaligen ausstehenden Winterbeihilfe. Erhöhung der Renten für die Invaliden- und Unfallrentenempfänger. Ausbau der Kriegsopferversorgung durch Erweiterung des Kreises der Versorgungsberechtigten und durch die Erhöhung der Renten für die Kriegsopfer, die Witwen und Waisen.

Die 7150 Millionen können ferner verwandt werden für den

Ausbau der Fürsorgepolitik in den Gemeinden, für Ausbau des sozialen Schutzes für Mutter und Kind, für Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, für ausreichende Kinderzuteilung in den Schulen.

Diese Gelder müssen nicht zuerst verwandt werden für eine umfassende Hilfsaktion zugunsten des darbenenden Mittelstandes.

Die Mietpreise können gesenkt und neue Wohnungen für die Viertätigen geschaffen werden.

Hilfe und Unterstützung aber auch den notleidenden Kleinbauern und den Kleingewerbetreibenden durch Senkung der Steuerlast, durch Kreditgewährung und Pflanzungsverbote.

Die 7150 Millionen Reichsmark, welche nach den Forderungen der Kommunistischen Partei aufgebracht werden können, nur für die Armen, nur für die Viertätigen!

Nur im rücksichtslosen Kampf können die Massen ihre Forderungen durchsetzen

Die kommunistischen Forderungen sind ein Appell an die werktätigen Massen in ganz Deutschland, den Kampf gegen das faschistische Hungerprogramm mit allen Mitteln aufzunehmen. Keine Klausel, daß diese Forderungen ohne die breiteste außerparlamentarische Mobilisierung des werktätigen Volkes verwirklicht werden können!

Schließt das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit dem Erwerbslosen, und darüber hinaus das Kampfbündnis aller Arbeiter mit dem werktätigen Mittelstand und den schaffenden Bauern! Organisiert den Streik der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen jeden Lohn- und Gehaltsraub! Verweigert geschlossen die Diktatursteuer! Rüstet zum politischen Massenstreik gegen den faschistischen Staatsstreich!

Die Programmklärung der Kommunistischen Partei zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes zeigt auch den Weg zur Erklüpfung eines freien sozialistischen Sozialismus. Sowjetdeutschland wird das Doppelgesicht des deutschen und ausländischen Kapitals brechen, alle unproduktiven Ausgaben und jede Ausbeutung der arbeitenden Massen beklügeln.

Die Kommunistische Partei ruft zur Bildung der großen antifaschistischen und antifaschistischen Einheitsfront. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft für Lohn und Brot der Arbeiterklasse. Eine Welle des stürmischen Kampfwillens, eine Welle von Volkerversammlungen und Betriebsversammlungen muß über das Land gehen! Die Kommunistische Partei führt auch im Kampfe für Brot und Freiheit!

Massenaufmarsch gegen Faschismus! Sachsen bleibt rot!

Das vorläufige antifaschistische Kartell des Kampfbundes gegen Faschismus ruft das Proletariat Dresdens für Sonntag zur Massendemonstration auf: Zentraler Stellplatz: Weißeritzstraße

SPD-Braun für Brünnings Hungerblockade

„Das ist Selbstmord der SPD!“ / Verzweifeltes Oppositionsmanöver der sächsischen SPD-Presse / Genug der Verbrechen! Sozialdemokratische Arbeiter, zieht den Trennungsknick! Her zu uns!

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Aus der Unterredung, die Brüning mit dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Otto Braun, geführt hat, wird bekannt, daß Braun die Unterstützung der preussischen Regierung im Reichsrat bei der Durchführung des Hungerprogramms in vollem Umfang zugesagt hat. Ein formeller Beschluß der preussischen Regierung darüber soll am Donnerstag oder Freitag gefaßt werden. Der offizielle Empfang der SPD-Vertreter ist für Donnerstag vorgesehen.

Von den Nationalsozialisten wird als Unterhändler über die Durchführung des Hungerprogramms Dr. Fried und Rechtsanwalt Dr. Frank, der Reichsbevollmächtigter, genannt. Die Nationalsozialisten beginnen bereits, dem Brüningprogramm teilweise zuzustimmen. Im „Sächsischen Beobachter“ vom 1. Oktober heißt es: „Begrüßen wir allerdings die Gehaltsföhrungen des Reichspräsidenten, der Minister und der Diäten der Abgeordneten.“ Der „Sächsischer Beobachter“ deutet also dieses Manöver, das die Massen über den ungeheuren Ausplünderungsplan hinwegtäuschen soll.

Dresden, 2. Oktober.

Nach teilt die sächsische SPD-Presse ihren Lesern die bevorstehende Tatsache, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun, sich auf den Boden des Brüningprogramms stellen wird, nicht mit. Sie weist, daß das die Katastrophe ist, denn die Empörung der SPD-Arbeiter ist bis zur Spitze gestiegen.

So schreibt die sozialdemokratische „Volkszeitung für das Sogland“:

„Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Verantwortung, ihr ganzes Weien verlieren, wenn sie auf die Plattform dieses Brüningischen Diktaturprogramms treten wollte. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde... Wenn die Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schluden würde, ganz gleich ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann bräuhete sich Aboll Hitler nicht den Kopf darüber zerbrechen, ob er auf legalem Wege zur Herrschaft kommen könnte... Die Zustimmung zu diesem Brüningprogramm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“

Auf die gleiche Oppositionsstellung ist die ganze sächsische SPD-Presse eingestellt. Nur das Dresdener Organ des Herrn Edel bereitet die Leser schon auf das Schlimmste vor. Die Volkszeitung von gestern schreibt:

„Die Sozialdemokratie ist bereit, an einem Reformwerk mitzuwirken... So stehen wir nun am Winter der schwersten Kämpfe, in denen es für die Len der Arbeiterkassat gelten wird, was auch immer kommen möge (!), treu zu unserer Partei zu stehen.“

Was kommt wird, das ist der Verrat der SPD-Führer, die Zustimmung Brauns zu dem ungeheuerlichen Brüningprogramm. Die „Linke“ in Sachsen fühlen die naheende Katastrophe. Den „Selbstmord ihrer Partei“, d. h. die Verhinderung der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren kommunistischen Klassenossen abzuwehren, rühren sie die Trommel der Opposition. Sie vollführen daselbe Manöver wie damals bei der Panzerkreuzerdebatte. Unter Fortäuschung einer Opposition gegen die Berliner Führung werden sie weiter die Einheit ihrer Partei predigen und die SPD-Arbeiter, wie Edel es tut, auffordern, „was auch immer kommen möge, treu zur Partei zu stehen“.

Aber selbst die Ablehnung des Brüningprogramms durch die SPD bringt für das Proletariat noch keine entscheidende Wendung. Wir fragen die Sendewitz und Jweiling, die gegenwärtig die „linke“ Oppositionsstellung unter der sächsischen Führerschaft beiziehen: Was werdet ihr den Arbeitern sagen, wenn die Brüning und Hindenburg das Parlament nach Hause jagen und ihr Programm auf dem Diktaturwege durchführen? Dann ist's aus mit eurer Demokratie, aus mit eurer papierernen Opposition! Dann sind andere Waffen notwendig. Dann gibt es nur noch die Waffen der revolutionären Massenaktion, des Lohnstreiks, des politischen Massenstreiks, der Streiks, und Strahendemonstrationen gegen faschistische Diktatur.

Warum schreiben Sendewitz und Jweiling, warum schreiben die Böchel und Edel kein Wort von diesem einzig wirksamen Mittel, das Kampfbrogramm Brünnings zu durchkreuzen? Weil sie ihre Konfessionsfähigkeit damit aufs Spiel setzen. Weil im Verlauf solcher Aktionen das brüderliche Bündnis zwischen SPD, SPD und parteilosen Arbeitern die Fremdeklage der sozialdemokratischen Führerschaft sprengen, die kapitalistische Herrschaft bis auf den Tod erschüttern würde!

Es ist der einzige Weg zur Befreiung der arbeitenden Klasse. Ihn zu beschreiten, auf ihm die roten Kolonnen des Proletariats in Marsch zu legen, das ist unsere Aufgabe in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten.

„Selbstmord der SPD“, meint das SPD-Organ des Westlands? Nun ja. Aber dieser Selbstmord ist gleichzeitig die Stunde des laminenartigen Umwälzens der proletarischen Einheitsfront. Nur sie wird den Faschismus zerklüffern.

Neuwahlen in Oesterreich

Wien, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Ministerpräsident beschloß, dem Bundespräsidenten den Auftrag auf sofortige Auflösung des Nationalrates zu unterbreiten. Die Regierung Kautsky wird sich demnach dem Parlament nicht mehr vorstellen. Als Termin für Neuwahlen ist der 9. November in Aussicht genommen.

Dresdner SPD-Führer sind eingeladen

Herr Edel selbst war es, der vor wenigen Tagen in der „Dresdner Volkszeitung“ die „Diskussion mit den Gegnern“ forderte. Wir geben ihm heute Gelegenheit, in einer öffentlichen Versammlung darüber zu sprechen, welchen Ausweg die sächsischen SPD-Führer dem Proletariat weisen. Für die Kommunistische Partei spricht Genosse Rudolf Renner. Darum, sozialdemokratische Arbeiter und parteilose Arbeiter, erscheint in Massen!

Heute abend 19³⁰ Uhr im Schusterhaus

Nazi-Fried läßt Youngsteuern zwangsweise eintreiben

Kapitalisten Sachsens für Straßer-Kabinett / SPD gegen Auflösung des Landtages

Apsda, 2. Oktober.

Nachdem unter kommunistischer Führung die Heimververtretung in Apsda zum dritten Male die von der Thüringer Regierung geforderte Biersteuer-Erhöhung von 50 auf 100 Prozent abgelehnt hat, hat Nazi-Fried den Bürgermeister zum Staatskommissar mit dem Auftrag ernannt, die Biersteuer-Erhöhung durch Diktat durchzuführen und weitere andere Steuern zu beschließen.

Nazi-Fried als Eintreiber der Youngsteuern, als der Stütze Brünnings und Hindenburgs!

Nicht umsonst heuern die sächsischen Kapitalisten denselben Kurs auf Einbeziehung der Nazis in die Regierung. In einer gestern stattgefundenen Konferenz wurde eine Einigung von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten über die Bildung einer Rechtsregierung in Sachsen erzielt.

Straßer soll Innenminister werden. Das ist die einzige Bedingung, die die Nazis stellen. Kampf gegen Panzertruppe und Steuerdiktatur sind Wahlparolen gewesen. Jetzt nach der Wahl soll blutiger Faschistenterror das Programm der kapitalistischen Ausbeuter durchziehen.

Wir Kommunisten erklären: Sachsen war rot und Sachsen bleibt rot! Wir fordern die Verhaftung Sachsens auf mit allen Mitteln gegen eine Faschistenherrschaft in Sachsen anzukämpfen, die kämpfende Einheitsfront gegen die Regierungsbüffel einer kapitalistischen Youngdiktatur zu schmieden.

Hitlermann begeht Selbstmord

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der 24 Jahre alte Käfer Gauher wurde gestern in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er war Mitglied einer Nazi-Sturmabteilung und hatte an die Zukunftspläne des „Dritten Reiches“ geglaubt. Auf die Schwendung Hitlers nach den Wahlen erklärte er einem Freund: „Wenn so das dritte Reich aussteht, schloße ich mir eine Kugel in den Kopf.“ Zu Hause angekommen, bogab er sich in sein Zimmer und legte sich eine Kugel durch den Mund in den Hals. Der Tod trat sofort ein.

Limbacher Metallarbeiter für Streit

Glänzende Kampf Stimmung / Appell an die Metallarbeiter Sachsens

Chemnitz, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern im Turnerheim Limbach stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde von einer glänzenden Kampf Stimmung befeuert.

Genosse Stange berichtete über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie. Er forderte auf, den Kampf zu organisieren zur Abwehr der Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am 1. Oktober 1930 versammelten Kollegen des DMV Limbach beschließen, sich vollinhaltlich hinter den Beschluß der Limbacher Ortsverwaltung zu stellen. Gegen jeden Lohnabbau und sonstige Verhinderungsmaßnahmen erkennen die Limbacher Metallarbeiter als das einzige Kampfmittel den Streik an. Für diesen Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiterkassat fordern die Limbacher Metallarbeiter die gesamte Metallarbeiterkassat zum geschlossenen, einheitlichen Kampf auf.“

Streik im Marchelwert

Chemnitz, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Seit gestern haben im Marchelwert die Abteilung Zuhilfenberet, insgesamt 70 Arbeiterinnen, die Arbeit niedergelegt, weil im Betrieb eine unerhörte Schikaneretz

zum Zwecke der Errichtung des Affordlohnes eingeleitet hat. Die Firma hat ihr gegebenes Versprechen bei der Verzögerung des letzten Anstufes, Mängel abzustellen bei der Affordarbeit, schmächtig gebrochen. Die Arbeiterinnen haben in einer getriggen Versammlung beschlossen, gegen die Schikane den Kampf zu führen. Der Unternehmer droht durch prosozialistischen Anschlag mit der Kündigung der gesamten Belegschaft. Heute morgen rief er bereits durch die Betriebsleitung Polizei gegen die in passiver Resistenz verharrenden Arbeiterinnen.

DMV-Bürokratie erwartet Schiedsbruch um Kampf zu verhindern

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Gewerkschaftsvertretern gescheitert sind, ist der DMV dabei, noch im Laufe des heutigen Tages die Schlichtungsinstanzen anzurufen. Niemand zweifelt daran, daß ein Schiedsbruch mit Lohnabbau gefaßt werden wird. Dieser Schiedsbruch wird für verbindlich erklärt werden, und die DMV-Führer werden suchen, wie sie das an der Ruhe nur einigen Monaten und in vielen anderen Lohnabmachungen getan haben. Zu gleicher Zeit wärd der DMV zum Widerstand gegen das streche Ansehen des DMV in den Betrieben. In einer großen Anzahl von Berliner Metallbetrieben sind schon Kampfbeschlüsse gefaßt.

Ueber 7 Millionen Arbeitslose im Winter

Hitlers Forderung nach Zwangsarbeit von Brüning übernommen / Verschickung der Erwerbslosen nach dem Osten / Holt aus zum Gegenstoß! / Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD zeigt euch den Weg!

Dresden 2. Oktober.

In einer gestern abgehaltenen Kundstunde bestriferte der Reichsfinanzminister Dietrich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im kommenden Februar auf 2,6 Millionen. Unterstellt man die gegenwärtigen Ziffern, so wird nach amtlicher Voraussicht die Zahl der Erwerbslosen im kommenden Winter die ungeheure Rekordziffer von 7 bis 8 Millionen betragen.

Ueber die im Brüningprogramm bereits angebaute Arbeitsdienstplicht verlanst, daß Reichsminister Treuschmann ermächtigt werden soll, die Arbeitslosen zwangsweise zu Reklamationen, Wegebauten usw. im Osten Deutschlands heranzuziehen. Eine solche Maßnahme ist zunächst ein Versuch, Erfahrungen für die allgemeine Einführung der Arbeitsdienstplicht zu sammeln.

Die Brüningverordnung, die die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge auf 6 1/2 Prozent vorsieht, tritt am 6. Oktober in Kraft.

Ein Massenstreik gegen diese Schandpläne der Regierung, die dem nationalsozialistischen Programm auf Einführung der Zwangsarbeit entsprechen, muß sich erheben. Wie Brot und Arbeit für die Erwerbslosen beschafft werden kann, zeigt das Programm der kommunistischen Landtagsfraktion, das in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung veröffentlicht ist.

Öffentlich ist für die Erfüllung dieses Programms müssen die Erwerbslosen rufen, in allen Stempelstellen die Forderungen der kommunistischen Partei und das Verhalten der einzelnen Parteien zur Debatte stellen.

SPD kämpft für billiges Brot

SPD stimmt gegen die Freigabe der Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch

Der „Ausflug zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft“ war am Dienstag zur Beratung der schweizerischen Maßnahmen gegen die Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch zusammengetreten. Die kommunistischen Mitglieder stellen einen Antrag, die Reichsregierung aufzufordern, die schweizerische Einfuhr eines Getreidefleischkontingents in der alten Höhe, jedenfalls nicht unter 120 000 Tonnen jährlich, mit Wirkung vom 1. Oktober wieder zuzulassen. Dieser Antrag wurde von sämtlichen Parteien, von den Bürgerlichen bis zur SPD, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die Sozialdemokraten hatten einen Kompromißantrag eingebracht, das Getreide über die Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch wieder in Kraft zu setzen, damit zwar der Regierung die Ermächtigung zur Freigabe der Einfuhr gegeben, aber nichts über die Höhe des Kontingents gesagt wird. Für diesen Antrag stimmten nach Ablehnung ihres Antrages auch die Kommunisten, so daß er angenommen wurde. Die Vorlage Schicles, sowie ein entsprechender Antrag der bürgerlichen Vertreter wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Mit diesem Ausflugsbeschluss ist keineswegs gesagt, daß etwa vom 1. Oktober ab wieder schweizerisches Getreidefleisch eingeführt wird. Die Diktaturregierung Brünnings wird sicherlich an ihren Plänen der Subventionierung der Getreideexporte um der noch größeren Vertiefung der Wertlügen festhalten.

Witterungsausflügen. Weit schwache Winde, vorzugsweise nördlicher bis nördlicher Richtungen. Weiter, örtlich Nebelbildung. Nach kalter Nacht (Abendfrost) rasch über ziemlich kräftige Erwärmung.

Moskau feiert

Ein Tag der Stolzgebunden am Anfang des dritten Jahres großer Siege

Moskau, 1. Oktober. Am Vorabend des Stolzgebunden in der Sowjetunion versammelten sich die Arbeiter in den Betrieben, um das Fazit des zweiten Jahres des großen Fünfjahresplans zu ziehen. In den Festveranstaltungen wurden Berichte aus den einzelnen Fabriken und Werken über die Erfolge und die Arbeit, welche zu Anfang des dritten Jahres großer Siege verrichtet werden muß, erstattet.

Moskau ist geschmückt und illuminiert, die Stadt feiert den großen Arbeiterfesttag. Die Arbeiter erörtern in den Festversammlungen den zurückgelegten Weg und stellen fest, daß die sozialisierte Industrie im zweiten Jahr des Fünfjahresplans ein Rekordtempo des Wachstums erreichte.

Das zweite Jahr des Fünfjahresplans brachte die wichtige und entscheidende Bestätigung der Wichtigkeit der Generallinie der bolschewistischen Partei. Während der ersten 10 Monate des zweiten Jahres des Fünfjahresplans erweiterte die sozialistische Großindustrie ihre Produktion um 27 Prozent, aber der Kampf ist nicht beendet. Die Partei und die Arbeiterklasse fordern eine Zunahme von 32 Prozent. Im bevorstehenden Vierteljahr müssen die rückständigen Betriebe und Industriezweige endgültig den Abstand einholen, um das dritte und vorletzte Jahr des Fünfjahresplans in bolschewistischer Weise beginnen und durchführen zu können.

Die Versammlungen in den Fabriken verließen unter der Leitung: Der große Fünfjahresplan wird unter dem Banner Lenins mit bolschewistischem Tempo in vier Jahren durchgeführt. Die fünfjährige Oktoberrevolution fordert die Mobilisierung unserer sämtlichen Kräfte zur Erreichung dieses Zieles.

Schauplatz eines Riesenaufbaues

Ausländische Arbeiter über die Sowjetunion

Moskau, 1. Oktober. Die Delegationen der französischen, isländischen, polnischen und deutschen Arbeiter auf dem Kongreß der Räten Gewerkschaftsinternationale veröffentlichten eine Erklärung, worin es u. a. heißt:

Nur wenn man mit eigenen Augen sieht, wie sich die Industrie in der ganzen Sowjetunion entwickelt, wie die industriellen Unternehmungen wachsen, nur dann begreift man die ganze Bedeutung des Fünfjahresplans. Die ganze Sowjetunion ist der Schauplatz eines riesigen Aufbaues. In gleichem Tempo entwickeln sich die Sowjetstädter und Kollektivwirtschaften, verbessert sich die Lebenshaltung des Proletariats.

Wir müssen den Arbeitern der ganzen Welt erklären, daß alle Mittelungen der Kapitalisten und ihrer sozialistischen Helfen über die Lage in der Sowjetunion freche Lügen sind. Die Entzündung in der Sowjetunion unter der Diktatur des Proletariats entzündet die Sozialisten als die wahren Helfen der Arbeiter der Kapitalisten und beweist, daß diese Leute keineswegs zum Sozialismus gelangen wollen. Die während des Aufbaues in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen veranlassen die Delegierten, die Forderungen des V. KONGRESS der Räten zu gewinnen, die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu organisieren und zu leiten zum Sturz des Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt.

Neuer Kurssturz in Neuyork

Neuyork, 1. Oktober. Die Neuyorker Börse hatte am Dienstag wieder erhebliche Kursstürze zu verzeichnen. Eine große Raffineriefirma brach zusammen. Die meisten Papiere weisen Rückgänge bis zu drei Punkten auf. Insgesamt wurden 4 196 780 Aktien umgesetzt.

Eine der größten hiesigen Sparbanken haben den Zinsfuß für Depostengelber von 4 1/4 auf 4 Prozent herabgesetzt.

Am Vorabend der Diktaturwahlen in Finnland

Sämtliche Arbeiter-Wahlaustritte aufgelöst

Helsingfors, 1. Oktober. Am Vorabend der Diktaturwahlen, die heute und morgen stattfinden, hat die Diktaturregierung Solingrud noch eine neue Terrorverordnung herausgegeben, die die sofortige Auflösung aller Organisationsvereine mit kommunistischen Tendenzen vorschreibt.

Das Verbot trifft sämtliche örtlichen Arbeiter- und Bauernwahlkomitees, die nach dem Verbot der kommunistischen Partei und dem Arbeiter- und Bauernrat die Teilnahme der revolutionären Arbeiter an den Reichstagswahlen ermöglichen sollten.

Das Verbot betrifft ferner 1200 örtliche Gewerkschaftsvereinigungen, die Organisation der Hilfe für proletarische Gefangene, kommunistische Genossenschaften, Sport- und Kulturvereine sowie Jugend- und Kinderorganisationen.

Die finnische Arbeiterklasse, die vor allem in der Verteidigung der Sowjetunion auf vorgeschobenem Posten steht, gibt in den letzten Wochen unter der Führung der Kommunisten das heldenbeispiel eines unerhörtsten, scharfen, illegalen Massenkampfes gegen eine faschistische Bewegung von unerhörter Brutalität. Die revolutionären Organisationen sind aufgelöst, die Arbeiterparteien verboten, ihre Druckereien und Volkshäuser zerstört, ihre Führer ermordet oder vertrieben. Gegen etwa 600 Funktionäre steht der Hochverratsprozess bevor. Nunmehr sind sämtliche Arbeiterorganisationen und sämtliche Wahlaustritte verboten worden. Doch kein Terror, keine Drohung der Rappo-Faschisten hat die revolutionären Arbeiter davon abgehalten, den Wahlkampf zur Aufrüttelung der Massen für den revolutionären Befreiungskampf auszuweichen.

Finnlands Provokationen

gegen die Sowjetunion

Moskau, 1. Oktober. Die finnischen Behörden lassen die Fortsetzung der Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion ohne Eingreifen zu. In einer Versammlung des Schulkorps (Faschisten) in Ruuska erklärte der Führer der finnischen Faschisten, Kallio: „Gegenwärtig ist die Lage schlimmer als zu Bobrikows Zeiten. Der Feind (!) bemüht sich, Finnland und das finnländische Volk zu vernichten, aber er fürchtet die hochentwickelte Wehrfähigkeit Finnlands und zieht die Unterminierung der Arbeit im Innern des Landes dem bewaffneten Überfall vor. Mehr als jeder jährliche Reichstagsabgeordnete im aufgelösten Parlament war ein Agent Moskaus. Ein Zehntel des finnischen Volkes gehört offensichtlich der Partei an, welche den Sturz der bestehenden Ordnung und die Auslieferung der Heimat an die Moskauer Gewalt herrscher anstrebt.“

Die „Pramba“ erörtern in ihrem Leitartikel, betitelt „Sinlose Provokationen“, die Beziehungen der Sowjetunion zum Nachbarstaat Finnland.

Die Antisowjetkampagne in Finnland wird durch genaue Repräsentationen gegen die aktiven Mitglieder der finnischen Arbeiterbewegung begleitet. Mit Unterstützung der finnischen Behörden haben die Faschisten in Finnland während der letzten Monate zahlreiche der radikalsten Arbeiterführer festgenommen und auf das Sowjetgebiet hinübergeworfen.

Die Sowjetregierung richtete bereits im Juli einen energischen Protest an die finnische Regierung und jähle in ihrer Note zahlreiche Fälle der Verletzung der Sowjetgrenze auf. Die Antisowjetkampagne der finnischen Regierung kann als ein Mittel der größten Wahrheitsenttöschung gelten. Sie übergeht sorgfältig alle in der Sowjetnote aufgeführten Fälle sowie die dokumentarisch bewiesene Beteiligung finnländischer Antisowjetisten an den Grenzverletzungen. Bereits nach Heberrettung

Bergarbeiterbewegung in Süd-Wales

London, 1. Oktober. Seitern haben Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und den Führern des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales über den Kohlearbeitslohn stattgefunden. Die Arbeiter verlangten eine Lohnsteigerung. Die Bergarbeiterverbandsführer erhoben nach ihrem Bericht eine Forderung nach Lohnsteigerung. Konkrete Angaben machen sie jedoch nicht. Die Verhandlungen stellen lediglich ein Manöver dar, das die Gewerkschaftsbürokraten mit Rücksicht auf die Kampfsituation unter den Bergarbeitern durchzuführen.

Die Lage in den Kohlegruben von Süd-Wales hat sich außerordentlich zuspitzigt. Die „Ruten“ haben in dem Gebiet von Rhondda eine Kampagne für handwerkpragmatische gewerkschaftliche Organisation unter den Bergarbeitern begonnen, um die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf gegen die Grubenbesitzer abzuhalten. Sie gingen sogar so weit, die Arbeiter aufzurufen, gegen die Inhaftierung mit gewerkschaftlich nicht organisierten Bergarbeitern in den Gruben zu treten. Die Funktionäre haben jedoch die Streikförmigkeit rückgängig gemacht.

Die Minderheitsbewegung (M.S.D.) fordert die Durchführung von Streiks für die folgenden konkreten Forderungen der Bergarbeiter: 1. Bessere Zahlung des Mindestlohns. 2. Bergarbeitervergütung aller seit 1926 von den Grubenbesitzern geforderten Sonderleistungen. 3. Entlassung aller den Arbeitern gegenüber groben Beamten. 4. Bessere Sicherheitsmaßnahmen.

Der Sowjetnote fanden neue Grenzverletzungen seitens der finnischen Faschisten statt, wobei die Faschisten ihre Opfer mit Erschießung bedrohten, wenn sie nicht „freiwillig“ auf das Sowjetterritorium hinübergeworfen würden. Die finnische Note enthält einen unmissbaren Anspiel gegen die Sowjetregierung und ist im Geiste jener Antisowjetkampagne gehalten, die die Faschisten entfacht haben.

Die Note erlaubt sich, die gewerkschaftliche Sowjetgrenze zu überschreiten als Verbrecher Handlung, welches Verbrechen vollkommen auf die gewerkschaftlichen Faschisten und ihre Beschützer paßt. Die finnische Note ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit den faschistischen Banditen und Sowjetverleumdern.

Die Regierung Finnlands vertritt offensichtlich ihren faschistischen Charakter. Der weissen Antisowjetkampagne trägt von der finnischen Regierung ab. Sie schützt die Antisowjetkräfte, die finnischen provokatorischen Handlungen gegen die große sozialistische Land einzuweisen, dem das heilige Prinzip der Unabhängigkeit verdrängt und für weitere Antisowjetkampagne westlichen Massen die wirksamsten Kompagnen erschaffen.

Die ganze Verantwortung für die fortgesetzten provokatorischen Ausfälle fällt auf die finnische Regierung.

Nach Kuba im Wirbel der südamerikanischen Krise

Havanna, 1. Oktober. Die allgemeine Unruhenstimmung mit der Verwaltung Kubas durch den Präsidenten Machado hat am Dienstag zu Unruhen vor dem Präsidentenpalast in Havanna geführt, bei denen sechs Personen schwer verletzt wurden. Kubanische Studenten marschierten in großer Zahl vor das Präsidentenpalastgebäude und leierten unter dem Ruf: „Nieder mit Präsident Machado!“ Revolvergeschosse in die Luft ab. Die Polizei umgab den Präsidentenpalast mit einem Sicherheitskordon. Bei dem Versuch der Studenten, die Polizei zu entwaffnen, entspann sich ein etwa sechsminütiges Feuergefecht.



(Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin.)

3. Fortsetzung

„Was soll denn die Regierung nicht alles tun?“ brauchte Trauten auf. „Glaubst du, daß ein ehemaliger monarchistischer Offizier keinen guten Republikaner abgeben kann?“

Franz ließ ein kurzes Lachen aus. „Das haben sie vergangenes Jahr bewiesen! Handgranaten in die Masse, das war ihre republikanische Gesinnung!“

Theres gähnte gelangweilt und unterstützte ihren rot gemalten Vater, der sich mit beiden Händen wehrte: „Du schwörst ja auf alles, was der Raup sagt! Das hat er dir recht gut vorgelebt!“

„Halte mich nicht für dümmer, als ich bin!“ sagte Franz. „Hör die Kumpels, was die reden!“

„Wenn sie täglich verrückt gemacht werden!“ lachte Trauten. „Wer wird das nicht, wenn man ihnen sowas in die Zeitung legt! Was soll die Regierung nicht alles? Die Sozialisierung wird verlangt, Einführung der Sechsstundenarbeit!“

„Vorläufig arbeiten wir noch sieben Stunden und zweimal amtierhaft in der Woche!“

„Ihr stellt ja alles auf den Kopf mit dem Gehörg!“ Trauten fand auf und ging wütend in die Nebenstube, deren Tür frachend ins Schloß fiel.

„Ne kniffst er!“ lachte Franz. „Der Klügere gibt nach!“ verteidigte Theres ihren erbohten Vater.

„Aber nicht mit Türkniffen, daß der Raup von den Wänden fällt!“

Beide schwiegen. Franz griff wieder nach der Zeitung, über deren Inhalt sich der alte Trauten so erregt hatte.

„Ruh es, leht wird nicht gelien!“ Theres entließ ihm das Blatt.

„Es gibt diese Luft“, sagte Franz, „die verrückt dein Vater nicht gut! Oben in Berlin kniff's mächtig!“

Sie machte eine abnehmende Handbewegung: „Kümmere dich um deine Sachen!“

Die gereizte Stimmung hielt an, Wort zu Wort, bis Franz aufstand und nach seinem Mantel griff. „Es wird besser, ich geh' heut!“

„Geh' zu Raup, mit dem kannst du ja nicht genug schwächen!“

„Reih Raup hat's beartigen, der laht das Ding bei den Hörnern!“

Er hand sich den Wollschal um und nahm seine Mütze. Theres erhob sich mit einem Satz aus der Sofakcke und rief ihm die Mütze fort. „Wo willst du hin? Bleib' hier!“

Er stand unschlüssig in der Mitte des Küchenraumes. Sie kniff ein wenig die Augen und beobachtete ihn unter dem Augenlidern. Ihr Gesicht war nicht unheimlich, Gesund und frisch, umrahmt es ein wilder Wusch schwarzen Haars. Theres wippte in den Hüften und spielte mit der Mütze.

„Geh' doch!“ spötelte sie.

„Gib die Mütze her!“

Sie lachte und küßte sich selbst die Mütze auf: „Wie sehe ich aus?“

Wohlgelächelt guckte sie in den Wandspiegel. „Ich wünschte, ich wär 'n Junge!“

„Siehste, so müßt du die Mütze tragen, das sieht soch aus!“ Sie machte lehr und blingelte ihn herausfordernd an. Sie trat ganz dicht an ihn heran. „Ruh...“ kreuzte sie lachend die Hände vor. „Mensch, wie ein Schaf istste da! Du bist mir ein Bräutigam! Wie ein Grad biste!“

Sie zog ihn mit Gewalt zum Stuhl: „Zieh' dich aus, gib den Mantel her! Du schlaßt noch aus!“

Er wehrte sich nicht. Sie schnitt ihm ein Gesicht. „Bist doch ein dummer Kerl! Wie ein Faulvogel, so ungeschickt! Das will ein Mann sein!“ Er wollte widersprechen.

„Still biste!“ Sie hielt ihm den Mund zu. „Ne wird nicht mehr gekniff!“

Theres war wie verändert. „Franghen, du dummet! Einmal im Monat komm ich, dann laht du noch so, als wäre ich ein Strahwisch, den man nicht zu beachten braucht!“

„Reh' nicht so!“

„So ist es, Franz, das kommt, weil du diesen Raup...“

„Raup ist mein Kumpel und Genosse...“

„Still, ich will nichts davon hören! Hör', beachten, der Hund!“

„Wenn so'n Dieb henkt, dann Reht jemand!“ plapperte Theres.

„Höchstens der Käter, wenn man ihn Tag und Nacht an der Kette hält und ihm nichts zu freßen gibt!“

Sie lachten beide.

Der Hüllort am Schacht widerhallte vom Rausen der aus den Reuzern herandrösenden Kumpels.

Nach prallten die letzten Kohlenwagen auf die Körbe, die unter der schweren Last freischien und wippten. Lokomotiven himmelten, fahren ab und schlepten eine lange Reihe leerer Wagen hinterher. Schreie, Signale, das Krachen der eisernen Schachttäler. Die hängeseile Knatschen gegen die Schachthölzer, spritzten rindenden Dreck in den Hüllort. Mit Gepolter kauften Kohlenstücke im Schacht herab. Der Anschläger trieb, um zu Ende zu kommen. Immer wieder padten ein halbes Duzend schmutziger Häuse an volle Wagen, hoben, sobald der Förderkorb mit den Leeren unten ankam und hielt, rieseln mit mächtigem Raus vor, prallten die Leeren vom Korb und die Rollen hinauf. Die Kumpels lärmten, fluchten, schimpften und wichen geschickt den heranbrausenden Kohlenzügen aus.

„Schlaß!“ — Die Anschläger stießen die letzten Leeren vom Korb und hängten die Schuppforten ein.

„Schöpp! Schöpp!“ lachte ein Junge einem Steiger nach, der sich durch die Menge hindurchschob. „Schöpp! Schöpp!“ brüllte eine ganze Schor. „Kohlenstrop, verdammt, kann die Kalbaune nicht voll kriegen!“ Gelächter.

„Bitter, du verliert den Arsch aus der Puz, wieviel Dabbelte haste denn schon wieder?“

Der Gespötte duckte sich und verschwand drummend in der Masse.

„Herr Hennes hat n' Haut, de Hennes hat n' Haut!“ sang ein Chorus einem Bahnläufer nach.

„Red' mich im Arsch!“

(Fortsetzung folgt.)

Proletarische Einheitsfront gegen die Faschisten!

Reichsbannerarbeiter und SAJ-Genossen, steht mit uns zusammen!

Wir erhalten von einem Strielesener Arbeiter folgenden Bericht, der den Lügen der Volkszeitung von dem Bündnis zwischen Kommunisten und Faschisten ins Gesicht schlägt.

Der kommunistische Arbeiter H. geht am 29. 9., abends 11 Uhr, vom Reichsbahnhof nach Striesen. An der Ecke Glacis- und Tiefstraße brennt er sich eine Zigarette an. Dabei sieht er, wie auf der anderen Seite sich vier junge Leute streiten. Er bleibt stehen und sieht es sich von weitem an. Bei näherer Betrachtung ergibt es sich, daß ein Reichsbanner- und ein SAJ-Genosse zwei Faschisten gegenüberstehen. Es dauert nicht lange, da greifen die Faschisten tätlich an. Nun gab es kein Besinnen mehr; den Kopf herunter und den bedrängten SAJ- und Reichsbannerarbeiter tatkräftige Hilfe gebracht. Als die Faschisten genügend Prügel hatte, zog sie "Reine". Wir stehen noch beisammen und unterhalten uns, da kommen noch Reichsbannerleute dazu. Auf einmal hob man H. auf die Schultern und trug ihn ins Restaurant, um ihn durch einige Glas Bier zu kühlen. Ich möchte nun einen Mahnruf an alle SAJ- und Reichsbannerarbeiter. Dieser Mahnruf zeigt ganz deutlich, wie notwendig es ist, daß Reichsbannerarbeiter, SAJ-Genossen und Kommunisten zusammen kämpfen gegen ihren gemeinsamen Feind, den Faschismus.

Zustizterror auch in Dresden 7 revolutionäre Arbeiter vor Gericht

Morgen Freitag findet um 9 Uhr im Saal G des Landgerichts die Berufungsverhandlung im Dresdner Landfriedensbruchprozeß statt. Arbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt eure Solidarität mit den Angeklagten, indem ihr zahlreich zu diesem Termin erscheint!

Es handelt sich bei der Berufungsverhandlung um den Prozeß, in dem seinerzeit 7 Arbeiter auf Grund von Auslagen der nationalsozialistischen Angreifer verurteilt wurden. Die Berufung ist vom Staatsanwalt eingeleitet worden.

Selbstmordversuch durch Sprung in die Elbe

Am Mittwochnachmittag konnte in letzter Minute ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren von dem Sprung in die Elbe von der Augustusbrücke aus durch energisches Eingreifen einiger Passanten abgehalten werden; er wurde der Volkspolizei in der Schöffergasse zugeführt.

Das gefährliche Spiel auf der Straße. Am Mittwoch gegen 12 Uhr wurde auf dem Stübelpfad, unweit der Straßenbahnhaltestelle Canalstraße, ein 10-jähriger Schüler, der dort mit anderen Schülern spielt, von einem Personentransportwagen überfahren. Er wurde nach dem Friedrichshaber Krankenhaus gebracht. 2 Stunden später wurde auf der Hühnerdorfer Straße ein 10-jähriges Mädchen, das plötzlich über die Straße lief, von einem Kraftfahrzeug angefahren und verletzt.

Herbstsemester der Marxistischen Arbeiterschule

Vortrag des Genossen Dr. R. A. Wittfogel — Ein glänzender Auftakt

Am Sonnabend fand im Künstlerhaus eine überfüllte Kundgebung der Marxistischen Arbeiterschule statt, in der Genosse R. A. Wittfogel über China und die Probleme des Fernen Ostens sprach. Die chinesische Frage ist keine fernliegende, wie so viele meinen — so führte der Referent etwa aus —, sie ist für den Arbeiter von größter Wichtigkeit.

China ist ein Bauermland, die Agrarfrage also die primäre. Während bei weitem der größte Teil des Landes in den Händen von nur 2 Millionen reicher Grundbesitzer liegt — ein weiterer beträchtlicher Teil von einem 5 Millionen zählenden, zusammen mit Beschlag genommen wird, sind 13 Millionen Familien im Besitz weniger Ländereien, die sie nur notdürftig ernähren. 17 Millionen Familien aber, die größte Mehrheit, sind völlig heillos. Und ihre Zahl erhöht ständig durch den Zustrom aus den Reihen des völlig verarmten Kleinbauerntums, dem Pacht und Steuern das Letzte rauben. Diese Armen sind dem Hungertod preisgegeben. Die Stärkeren retten sich, indem sie Räuber werden. Dies ist die erste Phase unbewußter Rebellion gegen die ungeheure Ausbeutung der Großen, der Bauern, die sie in Verachtung treiben.

100 bis 400 Prozent Zinsen sind der Durchschnitt. Der Mandarin (Staatsbeamte) erhält die untragbaren Steuern auf eigene Kosten noch, ebenso der englische Imperialismus, der 135 Millionen an Fellen beschlagnahmt, während die chinesische

Regierung nur 38 Millionen für ihre Ausgaben zur Verfügung hat.

Heute jedoch steht China bereits in der zweiten Phase der Rebellion, der offenen, bewußten Revolution. 17 rote Armeen, Arbeiter- und Bauernheere, stehen in China! Sie jagen in die Dörfer, organisieren und belehren die Bauern, enteignen die Reichen, verteilen das Land unter die Armen, annullieren Steuern und Wucherzinsen. Überall im großen Reich verstreut bestehen schon solche roten Gebiete — zum Schrecken der Imperialisten.

Die revolutionäre Partei, die KP Chinas, arbeitet unter den ungeheuerlichsten Schwierigkeiten. Besonders hart ist der Jugendverband, der in den gelben Gewerkschaften arbeitet. Sein Einfluß wächst; Beweise waren die gewaltigen Demonstrationen in den großen Städten. Das proletarische China ist erwacht.

Der Referent verband die chinesische Frage in anschaulicher Weise mit aktuellen deutschen Tagesfragen. Er forderte zum Schluß auf, die Karte der Marxistischen Arbeiterschule zu beschaffen, denn sie ist die einzige Schule des revolutionären Kampfes, die den Arbeitenden die geistigen Waffen und Erfahrungen des kämpfenden Proletariats vermittelt.

In diesem Sinne war die Veranstaltung als Einleitung des diesjährigen Semesters ein großer Erfolg.

Einweihung der „Radiker Elbbrücke“

Der Name Fehlgriff oder ein Zeichen bedrückender Beschränktheit?

Zur allgemeinen Freude des Magistrats wurde die neue Elbbrücke, über deren Entstehen wir gestern berichteten, jetzt mit allem dazugehörigen Altmbim feierlich eingeweiht. Erst sprach der Herr Vorstand des Tiefbauamts und begrüßte das nicht gemeine Volk. Die sachverständigen Schreiberlinge der bürgerlichen Presse einschließlich Volkszeitung und Freiheitsschrei über die Fortschritte der Technik im allgemeinen und die neue Brücke im besonderen. Ebenso interessant wie lehrreich...

Tiefgefühlter Dank wird hierauf allen „Mitarbeitern am Bauwerk“ zuteil. Die Herren Ingenieure fühlen sich geschmeichelt, die Kameras geraten in Bewegung. Die Mitarbeiter am Bauwerk wissen den Dank durchaus zu schätzen. Ist das nicht rührend? Die städtischen Bauproleten sind ganz hingeworfen von jowiel „Güte“. Ganz sicher vergessen sie dabei die weniger hinstehende, nämlich recht miserable Bezahlung, die ihnen die Stadt Dresden im Interesse der deutschen Wirtschaft und „unseres“ Volkes gewährt, während sie an der Brücke schuften. Wir sind eine so arme Stadt.

Denn nun kommt der Höhepunkt von's Janze. „Einer“ hält die Festsche. Und dann nimmt das Vergnügen seinen weiteren Lauf. Der Rat unserer armen Stadt ist nämlich nicht nur sportlich, sondern auch ebenso weise. Und da die neue Brücke

zweifellos nach Meißner hinüberführt — wie sollte man es dann anders laufen als — „Radiker Brücke“?

Die Prominenten sind es müde geworden, solange zu stehen. Also führt man ihnen jetzt den Film des Brückenbaues vor. Man muß sich doch Andenken von solchen Hunderttausendmarktbauten erhalten! Immer nobel, selbst wenn so ein paar laumpelige Wohljahrsempfänger „aus Mangel an Unterstützungsmitteln“ draußgehen sollten. Die Steuern und Herr Bühler werden schon mit Hilfe Gottes, der SPD- und der Nazifraktion dafür sorgen, daß die Kosten wieder hereinkommen! ... Nachdem in dieser vornehmen Art die Sparsamkeit, die Armut und die Weisheit der Herren vom Rat demonstriert und der nötige Eindruck geschunden ist, dürfen die Gäste, voll von erhebendem Gefühlen, endlich zum Fünfuhrtee gehen.

Und die Dresdner Erwerbslosen haben nunmehr Gelegenheit, von einer neuen Brücke aus darüber nachzudenken, ob es sich von hier ebenso gut wie von den anderen sechs Brücken den Sprung ins Nichts ausführen läßt. Vielleicht gibt es aber auch Proleten, die voraussehen, daß auch diese neue Brücke einft vom Marschtritt jagender Arbeiterdemonstrationen erschüttert wird.

Das wird erst in Sowjetdeutschland sein ... Aber es wird sein!

Wer glaubt an diesen Volkszeitungsschwindel?

„Ritter vom Sowjetstern überlassen Rentenempfänger ihrem Schicksal!“

Wie die Volkszeitung die Schandlatten des Sozialdemokraten Führer zu vertuschen sucht

„Von den Schreibern im Stich gelassen“ überschreibt die Volkszeitung vom Dienstag einen Bericht, mit dem sie darüber hinwegtäuschen will, daß der Sozialdemokrat und Bürgermeister Dr. Bühler der Verantwortliche für die vom Rat vorgelegenen Streichungen bei den sozialen Kapiteln im Haushaltsplan der Stadt Dresden ist. Die Volkszeitung schreibt „schamhaft“ von der „Ratsvorlage“, nicht von den arbeitserheblichen Vorschlägen Bühlers, „worin für die der Staatsschuldung“ schreibt, daß die Sparmaßnahmen, die die Senkung der Löhne und Gehälter und der Abbau der Fürsorgemaßnahmen „von der SPD-Fraktion zum Drehpunkt des Staatskampfes gemacht worden ist“. Sie schreibt selbst:

„Die Ratsvorlage wollte lenken die Sätze der allgemeinen Fürsorge von 47 Mark auf 38,50 Mark, von 60 Mark auf 40 Mark, von 19 Mark auf 13 Mark und die der geborenen Fürsorge von 59 Mark auf 48 Mark, von 66 Mark auf 75 M., von 23,50 Mark auf 13 Mark. Beim Abbau der Fürsorgemaßnahmen sollten eingepart werden u. a. durch Anrechnung aller Rentenbezüge 258 000 Mark, an der Kohlenbeihilfe für Erwerbslose 120 000 Mark, Sozialrentnerfürsorge 831 000 M., laufende Unterstützung für Kleinrentner 634 000 Mark.“

Die Volkszeitung legt aber mit feiner Silbe, daß diese Vorschläge von dem sozialdemokratischen Finanzregenten Dr. Bühler ausgearbeitet worden sind! Dafür schreibt sie, die

SPD habe „durch unbeeugamen und tatkräftigen Kampf die Fürsorgegelder und -einrichtungen retten können“. Das ist der ausgefuchteste Schwindel, den die Volkszeitung jemals ihren Lesern vorgelegt hat. Denn nicht, daß den Vorschlägen Bühlers in einzelnen Fällen nicht beigetreten worden ist, ist das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß die eingeleiteten Summen der gekürzten Zahl der Fürsorgebetreuten nicht entsprechen.

Die kommunistische Fraktion ist es gewesen, die durch Vorschläge, die Besitztenden zu befeuern, die Möglichkeit aufzeigte, die Finanzen der Stadt zu sanieren. Die vereinigte Front der Bürgerlichen bis zu der SPD und den Nazis lehnte diesen Vorschlag als „ungeheuerlich“ ab. Dafür fand dieselbe Front es als gefällig zulässig, mit erhöhten Steuern in die Taschen der Werktätigen zu greifen. Unterer Fraktion, die den Vorschlag der Millionärsteuer machte, wirt die Volkszeitung folgendes vor:

„Immer, wenn sie sprechen, wiederholen sie ihre alten Phrasen. Und als sie zeigen sollten, wie denn Dresden aus seiner Not kommen könne, die Stadt Dresden, die keine Gehe geben kann, deren finanzielle Hoheit sehr begrenzt ist — da schwiegen die Schreiber! ... Als wir sie ... fragten, welche politischen Vorschläge sie ... machen könnten, da hüllten sich die Großmäuler in Stillschweigen.“

Seit dem Verrat an der Revolution im November 1918 erzählen die SPD-Führer den werktätigen Massen, daß ihre Partei die Partei des Volkes, der tatkräftigen und energiegelben Hilfe für die Notleidenden und Unterdrückten sei. Immer dann, wenn diese Führer, diese Meister in der Kunst des Arbeiterverrats, ein neues Verbrechen, einen neuen Schandstreich an den Ausgebeuteten und Unterdrückten mit vollbringen und durchführen helfen, beginnen sie sich stürzer das Mäntelchen der sozialen Phrasen umzubringen. Immer dann, wenn sie die Massen versäen, schreien sie, daß sie die Interessen der Massen vertreten.

Die Massen der Werktätigen, die hinter dem Nebel der sozialen Wahlversprechungen die antisoziale Frage dieser Führer erkennen, die Massen, die suchen zu der kommunistischen Partei ein Millionenbekenntnis ablegten, werden sich von dem demagogischen Geschrei der Vaganten am Wettinerplatz nicht verwirren lassen.

Fraktionsversammlung der SpS Groß-Dresden

am Freitag dem 3. Oktober im großen Saal in der JWS, Poppitz 18. Alle KPD-Genossen und Sympathisierenden müssen erscheinen.

Antifa Groß-Dresden! Außerordentliche Mitgliederversammlung

am 3. Oktober 17.30 Uhr im Körnergarten, Dresden-N., Körnerstraße. Alle Abteilungen, Staffeln, Frauenabteilungen und Staffeln der Erwerbslosen haben zu erscheinen. Als Ausweis gilt nur die Mitgliedskarte.

Sie kommt wieder!



Die Rote Hilfe im Aufstieg

30 000 neue Kämpfer gegen Faschismus und Justizterror

Unterstützt die Sammlungen — Kämpf für die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen

Nach einer vorangegangenen Sekretärkonferenz trat in Berlin der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands zu einer Sitzung zusammen. Genosse Wilhelm Fied, Vorsitzender der Roten Hilfe, charakterisierte in einem einleitenden politischen Referat die außerordentlich ernste politische Lage. Mehrere 2000 Arbeiter sind zur Zeit in den ersten 8 Monaten des Jahres 1930 angeklagt, über 1200 von ihnen in den Kerker geworfen. Der Sozialfaschismus und die faschistischen Verbände sind die blutigsten Werkzeuge des Kapitalterrors. Angesichts dieser überaus ernsten Lage erwachsen der RH große Aufgaben, die durch die Entfaltung der RH zur gestiegenen Massenbewegung gemeistert werden müssen. Im antifaschistischen Abwehrkampf fällt gerade die Rote Hilfe, die den Kampf gegen faschistische Justiz-, Nazi- und Polizeiterror führt, eine besonders große Aufgabe zu. Insbesondere gilt es, die bei weitem noch nicht genügende Bearbeitung der Betriebe zu steigern und neue Parteipositionen der Roten Hilfe durch Gründung von Betriebsgruppen zu schaffen. Unter großem Beifall schloß Genosse Fied:

„Auf den Faschistenterror gegen das kämpfende Proletariat werden unter Führung der Roten Hilfe die werktätigen Schichten mit praktischer Solidarität für die Opfer antworten und so die Geldmittel zur Unterstützung aller von Polizei und Justiz verfolgten Kämpfer aufbringen.“

Dann ergriff Genosse Waibel das Wort zu einem Bericht über die organisatorischen Erfolge, die die Rote Hilfe besonders seit der letzten Zentralvorstandssitzung, die vor ungefähr 3 Monaten stattfand, gehabt hat. Er stellte fest, daß es zum erstenmal nach der großen Amnestiebewegung von 1928 der RH in der Juni-Juli-Werbelkampagne gelungen ist, einen Durchbruch in breite Kreise der werktätigen Massen zu erzielen, was auch ganz klar an dem Aufwachen der RH während der Wahlkampagne zum Ausdruck gekommen ist.

Die Juni-Juli-Werbelkampagne brachte einen starken Aufschwung der Mitgliederwerbung.

Annähernd 30 000 neue Kämpfer reichten sich der Roten-Hilfe-Bewegung ein.

Weiter sind in allen Teilen des Reiches eine große Anzahl neuer Ortsgruppen gegründet sowie Kollektivmitgliedschaften geworden worden.

Zu den Aufgaben, die nach den Wahlen vor der RH stehen, übergehend, betonte Gen. Waibel, daß die ganze Kraft der Organisation in erster Linie auf den

Kampf gegen den Faschismus und gegen den faschistischen Terror

eingesetzt werden muß.

In der Diskussion kam der Aufschwung, den die Rote-Hilfe-Bewegung in den letzten Monaten genommen hat, klar zum Ausdruck.

Alphons Goldschmidt appelliert an die Intellektuellen

In einer längeren Diskussionsrede ergriff dann das Mitglied des Zentralvorstandes, Prof. Alphons Goldschmidt, das Wort und führte aus:

„Die Ausführungen der bisherigen Redner haben gezeigt, daß es der Roten Hilfe gelungen ist, kräftig vorzuschieben. Es gilt aber, nicht nur rein praktisch zu arbeiten und die Organisation normiertzubringen, es gilt auch, in unserem Sinne das Gewissen aufzurütteln und auch den Intellektuellen, die, wie ich weiß, in ihrer Mehrheit zu uns neigen, zu zeigen, was der blutige Terror bedeutet. Schon jetzt heben die bürgerlichen Blätter das muffelnde Schema in den Himmel. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Parteien des Bürgertums den Faschismus unterstützen werden.“

Mit vielen Gefahren wachien die Aufgaben der Roten Hilfe. Sie erfordern

größtmögliche Sammlung und Heranschaffung der Mittel. Sider kommen die stärksten und brutalsten Kämpfe, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung je stattgefunden haben. Es ist eine große Freude, zu sehen, wie die Rote Hilfe marschiert, wie sie anfängt, die Führer auszuüben, um sich den neuen Notwendigkeiten anzupassen.“

Unter lebhaftem Beifall schloß Genosse Goldschmidt seine Ausführungen.

Genosse Rechtsanwalt Dr. Löwenthal kennzeichnete den Charakter der Schnelljustiz, die einen immer stärker ausgeprochenen gegen links eingestellten Charakter annimmt und sich zur Schamjustiz gegen das kämpfende Proletariat entwickelt, der man aus schärfster Entgegensetzung muß.

Entwicklung der RH zur Massenbewegung

In den einstimmig angenommenen Resolutionen heißt es zu den Aufgaben der RH u. a.:

In der gegenwärtigen ernsten politischen Lage fällt der Roten Hilfe die Aufgabe zu, die Massen zum Kampf gegen den wachsenden Faschismus und gegen den Polizei- und Justizterror zu mobilisieren.

Das Hauptgewicht unserer Tätigkeit muß deshalb gelegt werden auf:

- a) Vertiefung unseres politischen Kampfes gegen den anwachsenden faschistischen Terror;
- b) Verbreitung und Festigung unseres Einflusses unter den werktätigen Massen, härtester Ausbau unserer Organisation;
- c) Sicherung der Reichshilfe, und Unterstützungsleistungen durch erhöhte Werbe- und Sammelstätigkeit.

Eine größere Beachtung muß der Gewinnung der werktätigen Frauen geschenkt werden, umso mehr, als die Frauen und Kinder bei jeder Verhütung, bei jedem Klassenkampf, bei jedem Terrorfall ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen werden und die Unterstützung der Roten Hilfe in Anspruch nehmen.

Weiter heißt es in der Resolution:

„Der Kampf der Roten Hilfe in den nächsten Monaten konzentriert sich in der Aktion gegen den wachsenden Faschismus und Klassenjustizterror und in der Winterhilfskampagne.“

Die Winterhilfskampagne darf nicht nur eine Werbe- und Sammelaktion sein, sondern muß als eine politische Aktion geführt werden, wobei die praktische Solidaritätsbefundung mit den Opfern des weißen Terrors besonders zum Ausdruck kommt.“

In der politischen Resolution heißt es u. a.:

„Es ist mit einer Aufgabe der Roten Hilfe, die zur großen roten Klassenfront gehört, noch viele Millionen Werktätiger dem Reformismus und Faschismus zu entreißen und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen. Dazu ist einer der mächtigsten Hebel die Verbreitung und Unterstützung der Wirtschaftskämpfe. Dort kann der Faschismus entscheidende Schläge erhalten. Die Unterstützung dieser Kämpfe ist deshalb

Das Trommelfeuer für den Staatsstreich

Faschistische Diktatur — die letzte Karte der bankrotten Bourgeoisie

Die führende Presse des Trust- und Finanzkapitals setzt ihre Kampagne für die faschistische Diktatur fort. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter demagogischer Verursachung auf das Volk, auf dessen Rücken das Ausbeuterpod umhertrampelt:

Die früheren Koalitionsmöglichkeiten sind nicht mehr vorhanden. Das Volk hat sie grundsätzlich abgelehnt und ist vom Widerwillen und offener Empörung über die Entartung des Parlamentarismus, den Mangel an politischer Würde und laubener Staatsgesinnung in den vergangenen Reichstagen erfüllt.

Stützt ihn (Brüning) eine Mehrheit des Reichstages, so wird es seinen anderen Ausweg geben, als den weiteren Schritt auf dem vom Reichspräsidenten schon mit dem ersten Ministerium Brüning betretenen Wege, nämlich die Bildung eines von den Parteien vollkommen unabhängigen Kabinetts der Sanierung, das den möglichst wenig zu bemühenden Reichstag vor fertige Tatsachen zu stellen hätte. Der Entschluß, über allzu kleinliche Interpretationen der Verfassung hinauszugehen, wäre dann nicht zu vermeiden.

Es gilt, staatsmännlich und rasch durchzugreifen: heraus aus dem Sumpf!

Die vorgeschlagenen Maßregeln werden zweifellos einsehend und hart sein, sie sind aber sicher immer noch eher zu ertragen, als die Folgen eines Rückfalls in die alten Kräfteverhältnisse, denen Deutschland seinen heutigen vorwärtigen Zustand verdankt. Das Werk der Heilung muß gelingen, wenn nicht mit dem Parlament, dann ohne oder gegen das Parlament.“

Die Germania, das Blatt des Diktaturkanzlers Brüning, das Zentralorgan des Zentrums, das sich krampfhaft bemüht, die führende Rolle des Zentrums bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur zu verschleiern, läßt unmittelbar vor der Veröffentlichung des faschistischen Regierungsprogramms die Maske fallen:

„Das Parlament steht vor einer historischen Aufgabe: Es muß entscheiden, ob es dieses Grabmal der Führung (die faschistische Diktatur — v. Red.) anerkennt und ob es der Führung den notwendigen Raum schaffen will, den sie braucht, um das Reich aus der Not der Zeit mit allen Mitteln und weitestgehenden Vollmachten herauszuführen.“

Adolfs Schwur

Morgan hat ihn an den Ohren.
Felerlicht hat er geschworen:
Heilig ist das Kapital!
Nur gegen Moskau — radikal!



Gemeindepolitik und Wirtschaftskämpfe

Resolution der Konferenz revolutionärer Gemeindefunktionäre zu den Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe

Die Trustbourgeoisie wird die Lohnraub- und Unterdrückungssozialisten im Zusammenhang mit der Durchführung des Youngplans mit Hilfe des Sozial- und Nationalfaschismus gegen die Arbeitermassen verschärfen. Mansfeld und Nordweit sind ein Signal für das deutsche Proletariat. Die Konferenz berührt die Reichslinie des 3. KPD-Kongresses, die das Weltproletariat mit neuen schlagkräftigen Waffen für den revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre reformistischen und faschistischen Werkzeuge ausrückt. Mit dem Aufbau der organisatorischen Fundamente der KPD in allen Betrieben und den KPD-Funktionen in den Gewerkschaften aller Richtungen und des Kampfbundes der Erwerbslosen auf der Grundlage der Erwerbslosenstellen, schafft sich die Arbeiterklasse die wirksamsten Voraussetzungen für erfolgreiche Wirtschaftskämpfe gegen den Lohnraub, für höheren Lohn und den Tischenstundentag bei Lohnausgleich.

Die kommunistischen Gemeindevorteiler stellen in den Mittelpunkt ihrer Aufgaben die Verbindung der parlamentarischen Tätigkeit mit der Massenmobilisierung der Werktätigen in Stadt und Land. In diesem Zusammenhang gehört die aktive Mitarbeit der Gemeindevorteiler bei der Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse unter der Führung der KPD. Daraus ergeben sich für die Gemeindevorteiler folgende konkrete Aufgaben:

1. Bei der Organisation der Betriebsgruppen der KPD und der KPD-Funktionen in den Gewerkschaften, sowie der Erwerbslosenstellen, ist der Gemeindevorteiler die werbende und organisierende Kraft. Insbesondere gilt es, die Aufgaben unter den Gemeindevorteilern, die ein inneres Kampfbündnis mit den Erwerbslosen schließen müssen, zu erfüllen. Zwischen den kommunistischen Gemeindevorteilern und der KPD im Gemeindevorteil und den KPD-Funktionen in den für die Gemeindebetriebe bestehenden Gewerkschaften

eines der wichtigsten Mittel zur Gewinnung der Arbeitermassen, die noch nicht in der roten Klassenfront stehen. Es ergibt sich deshalb als Gebot der Stunde die unverzügliche Schaffung von Betriebsgruppen der KPD.“

Einstimmig wurden die vorgeschlagenen Resolutionen nach dem Schlusswort des Genossen Fied, das in dem Appell ausmündete, alle Kräfte für die kommenden Aufgaben zusammenzufassen, angenommen.

Die „Königliche Volkszeitung“ muß sich auf Grund der Tatsache, daß sie unmittelbar von den katholischen Mittelständlern und Arbeitern des Rheinlandes kontrolliert wird, etwas vorsichtiger ausdrücken. Sie bemüht sich, ähnlich wie die „Germania“, an das „Parlament“, das Brüning durch die hinter ihm stehende Trustbourgeoisie bei der Aufstellung eines faschistischen Programms nicht gefragt hat, zu appellieren, droht aber gleichfalls:

„Außerordentliche Zeiten können außerordentliche Maßnahmen notwendig machen, und wenn es mit dem Reichstag nun einmal nicht geht, muß der Versuch der Rettung Deutschlands auf anderem Wege unternommen werden.“

Die Rolle der Sozialdemokratie ist angesichts der drohenden faschistischen Diktatur (die, wie ein der Regierung nahestehendes Blatt geschwätzig ausplaudert, eine Diktatur des Hindenburg-Kreises, des Generals Schleicher (ein wird) die Rolle eines Helfershelfers.

Die „Deutsche Zeitung“ charakterisiert vollkommen richtig die Haltung des „Vorwärts“, wenn sie erklärt, daß die Sozialdemokratie sich den Weg freihalten will, ohne einzugehen, daß das tatsächlich eine Unterstützung des Kabinetts Brüning wäre.“

Im dem „Widerstand“ der Sozialdemokratie wird die faschistische Diktatur ganz bestimmt nicht scheitern, im Gegenteil. Um so größer ist die Aufgabe der Kommunisten, alle Arbeiter und vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu mobilisieren.

Justizterror gegen Kommunisten

Genosse Kollwitz, Köln, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet!

Während in Leipzig die Nazi-Reichswehrstraffiere von der Klassenjustiz mit Gleichbehandlung behandelt werden, geht man mit um so größerer Schärfe gegen die Kommunisten vor. Aus Köln wird berichtet, daß der Genosse Kollwitz wegen Vorbereitung zum Hochverrat, die er durch Ausführlungen bei der Wahlpropaganda in öffentlichen Ausdrucksformen begangen haben soll, verhaftet wurde. Er wird wie ein Schmeicheleier behandelt, darf weder Besuch empfangen, noch in einer anderen Weise mit der Außenwelt in Verbindung treten.

Gegen die Borenthaltung der Schulen

für die proletarischen Jugendorganisationen

Antrag

Die Fälle, wo in den einzelnen Schulbezirken die Verordnung des Volksbildungsministeriums vom 8. 12. 1924 in seiner Fassung vom 26. 1. 1927, betreffend Ueberlassung von Schulräumen zu außerschulischen Veranstaltungen immer schärfer ausgelegt werden, häufen sich von Tag zu Tag. Angesichts der zunehmenden Not der Jugendarbeiter und der damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Jugendbewegung wird eine beträchtliche Maßnahmen katastrophal aus. Es ist Aufgabe des Landtages und der Regierung, hier sofort einzugreifen.

Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die vorbezeichnete Verordnung zu ändern und zu bestimmen, daß Schulräume (Turnhallen, Festsaal, Lehrzimmer) und die zu den Schulen gehörigen Turn- und Spielplätze allen Organisationen, die Jugendpflege betreiben, uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen sind.

Dresden, am 1. Oktober 1930.

Renner,

und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

„Streikabwürgen ist unsere Aufgabe“

Sozialdemokratische Arbeiter, wie lange wollt ihr diese Politik noch mitmachen?

Wünschens Erben

Die zweite Lebensmittelverteilung der IAG für die streikenden Arbeiterinnen bei Wünschens Erben, Ebersbach, zeigte auf neue, daß durch die Tätigkeit der IAG die Kampfränge einheitlich erhalten wird. Sie zeigte ferner, daß Solidarität im Kampfe kein Almosen und keine Wohlwolligkeit darstellt.

Bei der ersten Lebensmittelverteilung erhielten die Arbeiterinnen je 6 Pfund Brot, 1 Pfund Mädeln, 2 Pfund Mehl, 2 Pfund Zucker, 1 Pfund Reis und 1 1/2 Pfund Fett und Speck, bei der zweiten Lebensmittelverteilung dasselbe Quantum, nur wurden hier anstatt 1 Stück gute Butter und anstatt 1 Kilo Eiern gegeben.

Die Mittel, die zur Durchführung der Aktion benötigt wurden, sind in erster Linie aufgebracht durch Sammlung bei den Ebersbacher Geschäftsleuten. Uebereinstimmend wird von den Sammlern erklärt, daß die Kleinrentnerbetriebe den Kampf der Arbeiterinnen mit großem Interesse verfolgen. Ueberall wird reichlich gegeben. In Ebersbach sind in wenigen Tagen circa 400 Mark zur Unterstützung der Streikenden gesammelt worden.

Die Gewerkschaftsführer unternehmen gegenwärtig in Ebersbach eine gemeine Hehe gegen die IAG. Sie kopieren die Nachrichten, die die gesammelten Gelder zur Propaganda, zum Druck für Flugblätter und andere Zwecke ausgegeben werden, aber nicht zur Unterstützung der Arbeiterinnen. So, sie gehen sogar weiter und erklären, daß die Unorganisierten die Unterstützung überhaupt nicht wert seien. Sie wollen durch diese Hehe die Geduld der Arbeiterinnen einschränken und glauben dadurch ein leichteres Spiel zu haben und den Kampf durch gesteigerten Hunger abwürgen zu können.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat Schritte unternommen, um die Sammeltampagne auf noch breiterer Grundlage durchzuführen, um die Solidaritätsaktion trotz der Hehe steigern zu können. Arbeiter, erkennt an den Leistungen der Organisation, und daß mit der zunehmenden Verschärfung der Wirtschaftskämpfe die IAG eine immer größere Bedeutung bekommt. Unterstützt diese Organisation, sammelt für die Streikenden, tritt ein in die Internationale Arbeiterhilfe.

Einem Chemnitzer Straßenbahner, dem die Lügen- und Schwindelmethode der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie nun allgemach doch zu bunt und gemein wurden gegen die ehrlichen Proletarier, wandte sich beschwerdeführend an den Hauptvorstand des „Gesamterverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ (Gemeinbearbeiter) in Berlin. Nunmehr traf ein Schreiben an ihn ein, das in unerhört schamloser Weise bestätigt, daß die SPD-Gewerkschaftsbürokratie auf den Willen und die Interessen der Verbandsmitglieder pfeift. Die Bestätigung dessen, daß das zutrifft, was die Kommunisten, was die roten Betriebsräte, die revolutionären Gewerkschafter stets schon längst feststellten, daß die Bürokratie tatsächlich gewillt ist, jeden Kampf der Arbeiter, jeden Streik zugunsten der Unternehmer abzuwürgen, um dem Lohnabbau freie Bahn zu schaffen.

Hier folgt der genaue Wortlaut:
Gesamterverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Der Vorstand.
Berlin SO 16, den 12. September 1930.
Mitschleifplatz 4
Herrn Albrecht Siebert,
Chemnitz, Alte Dorf
Gustav-Adolf-Str. 36.

Wertes Kollege!

Aus Deinem Schreiben ist ersichtlich, daß zu unserem Bedauern bei manchen unserer Mitglieder die Meinung besteht, in dieser Zeit, wo wir wahrhaftig Besseres zu tun hätten, persönliche und vielleicht auch sachliche Differenzen in wenig schöner Form auszusprechen. In einer Organisation, die 700 000 Mitglieder umfaßt, wird es immer vorzukommen gehen, die nicht jedem einzelnen Mitglied ohne weiteres verständlich sind oder aber auch von ihm nicht gebilligt werden. Schließlich muß jeder darauf bedacht sein, das Gewalttätige, was uns verbindet, in den Vordergrund seiner Gewerkschaftsarbeit zu stellen und nicht das Wenige, das uns auf diesem oder jenem Gebiete trennt. Der Ton Deines Schreibens ist zwar etwas rauh, wir nehmen aber zu Deiner Ehre an, daß er Deiner Auffassung nach zum mindesten als herzlich von uns empfunden werden soll. Wir haben die Ortsverwaltung Chemnitz erlucht, zu Deinem Schreiben sofort Stellung zu nehmen und — sobald dies erfolgt ist — wirst Du von uns eine weitere Antwort erhalten. Nur einen Tertium Deinerseits möchten wir schon jetzt richtigstellen.

Du erwähnst z. B., daß der IAG Arbeitergelber verziehend und dann natürlich seine Mittel übrig habe, Streiks zu finanzieren, ja, daß er diese Streiks sogar abwürgt, wo sie ausgedehnt sind.

Hierzu sei bemerkt, daß der IAG überhaupt nicht dazu da ist, Streiks zu finanzieren, und daß er das auch bisher nie getan hat. Die Streiks müssen nämlich von den Organisationen, die den Streik führen, finanziert werden, und es ist — zum mindesten in den letzten Jahren — nicht bekannt geworden, daß je eine Organisation einen Streik nicht durchgeführt hat aus Mangel an Mitteln. Wurde der Streik abgebrochen, lagen andere Gründe, die den Abbruch notwendig machten, vor.

2. Kann der IAG, da er Streiks nicht inszenieren und nicht finanzieren kann, sie auch nicht abwürgen.

Das Abwürgen von Streiks (wenn man es so nennen will) ist auch stets Aufgabe der den Streik führenden Organisationen. Mit kollegialem Gruß
Der Verbandsvorstand:
gez. Unterzeichner
(Nicht leserlich)

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie findet es demnach schon als selbstverständlich, findet es als ihre höchste Aufgabe, Streiks der Arbeiter gegen Lohnabbau, für Lohn-erhöhung abzuwürgen. Sie ist darin schon so skrupellos geworden, daß sie heute schon gar nichts mehr darin findet, diese handaläre Tatsache sogar in einem Schreiben an ein Verbandsmitglied ohne weiteres zuzugeben.

Arbeiter, Gewerkschafter, antwortet!
Kämpft unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“, gegen diese offenen Helfershelfer des Unternehmertums, die sich nur noch dem Namen nach von nationalsozialistischen Streikbrechern unterscheiden.

Sozialdemokratische Arbeiter, jetzt aber Schluch mit solchen „Führern“!

Musik der Ausgestoßenen

Erwerbslose Kinomusiker und Klassenkampf (Arbeiterkorrespondenz)

Das unter der Leitung des Kapellmeisters Billin Kappell stehende Orchester ehemaliger Kinomusiker gab im Konzertsaal der Ausstellung ein Konzert, das ein sehr beachtliches musikalisches Niveau zeigte. Über die Behandlung dieses Orchesters durch das bürgerliche Kunstpublikum sollte die Kinomusiker erkennen lassen, daß die Kunstpublikums gar kein Interesse an den „Künstlern 2. Ranges“ haben. Denn der Titel „Kinomusiker“ ist in den Augen dieser Gesellschaft ein Malheur, eine Degradation für einen „wirklichen“ Künstler. Sie gehören bei dem heutigen Kunstbetrieb nicht in die Reihen jener Ausgewählten, die in den bürgerlichen Zeitungen in den geheiligten Spalten „unter dem Strich“, im Kunstfeuilleton, besprochen werden. Wichtig ist, daß die Kinomusiker erkennen, daß ihr Feind nicht etwa der Tonfilm ist, sondern der Kapitalismus, der jeden technischen Fortschritt zu einem Fluch für die Werkstätigen macht. Also nicht Kampf gegen den Tonfilm, was eine unendliche reaktionäre Maschinenkulturmerei ist, sondern revolutionärer Kampf gegen dieses unmensliche kapitalistische System! Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird der durch den Tonfilm freigewordene Kinomusiker neue gesellschaftliche Aufgaben gestellt bekommen. — Hoffen wir, daß der Satz in der uns überbrachten Einladung, in der es heißt, daß das Kappell-Orchester ganz besonderen Wert auf eine Sprechung des Konzertes in unserer Zeitung legt, nicht nur eine leere Höflichkeitsschleuse ist, sondern Beginn der Erkenntnis der wirklichen Klassenlage der erwerbslosen Kinomusiker. G.F.

Der „Rote Wähler“ ist deine Zeitung
Verlange sie von jedem Zeitungskolporteur

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Schaeffer, R. D. R., Berlin; für Verleser und Korrespondenten: Willi Herzig, Dresden; für Sport: Albert Janket, Dresden; für Kulturelle: Walter Bur, Dresden. — Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. Druck: Deutsches Druckverlagsgesellschaft, Kützschbachstraße 2.

Marie Seefanne, Dresden, Zwidauer Straße

Zu unserem in Nr. 223 veröffentlichten Artikel über diesen Betrieb ging uns eine Berichtigung zu, daß die von uns gemachten Angaben, besonders die die Frage der hygienischen Einrichtungen im Betrieb betreffen, nicht den Tatsachen entsprechen. Die von uns eingereichten Angaben ergaben, daß die uns zugegangenen Informationen, soweit sie sich auf die Punkte beziehen, falsch waren. Der Betrieb „Seefanne“ ist in dem früheren Gebäude der Seef-Werke in der Zwidauer Straße untergebracht. Im dritten Stock befinden sich die Stroh- und Reinigungs-maschinen, sowie die Lagerräume. Diese Räume sind, wie auch die anderen Arbeitsräume, von hygienischen Standpunkt nicht zu beanstanden und mit ausreichenden Entlüftungsanlagen versehen. Für die Beheizung ist ein getrennter Speisesaal vorhanden. Die von uns Arbeiterinnen bestätigt wird, trifft es auch nicht zu, daß wenn einmal ein Arbeiter oder eine Arbeiterin die Haupt-treppe benutzt und nicht den Verlanaleingang, er sofort entlassen würde. Die Ausgabe der Arbeitskleidung erfolgt jeden Montag.

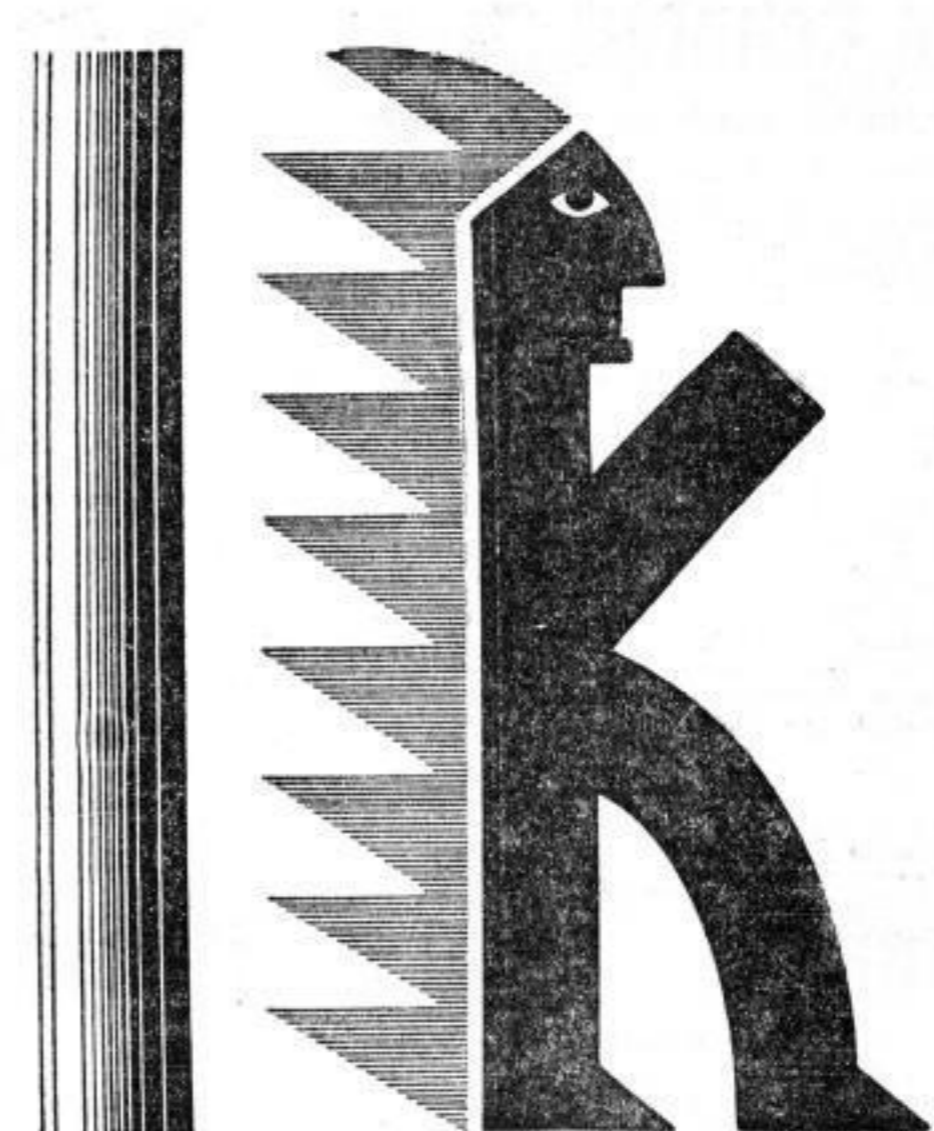
und haben die Arbeiterinnen das Recht, falls die Mängel durch die Maschinenarbeit vorzeitig beseitigt werden, in der Zwischenzeit einen Umlauf vorzunehmen. Was den einen von uns geschicktesten Fall betrifft, wo eine Arbeiterin ohnmächtig wurde, so sieht hier folgendes seit: Die Arbeiterin wurde zunächst ins Sanitätszimmer gebracht, wo zwei Kolleginnen bei ihr blieben. Die Arbeiterin ging dann, nachdem sie ihr Zustand besserte und da gerade Betriebsstillstand war, nach der Garderobe zurück, um wiederum einen Ohnmachtsanfall. Sie wurde sofort auf Decken gelegt und nach kurzer Zeit durch eine von der Betriebsleitung angeforderte Autodorichte nach Hause gebracht. Zutritt, daß ein Arbeiter die Arbeiterin mit Papier zudeckte, da die anderen Kolleginnen erklärten, sie könnten keine Ohnmächtige sehen, es würde ihnen sonst selbst übel werden. Auch die in unserem Artikel erschienenen Angaben über den Betriebsanfordernden Hausler treffen, wie uns bestätigt wird, nicht zu.

Was die weitere Frage unseres Artikels betrifft, daß die Arbeitsräume voll Teestaub wären, so trifft das nicht zu. Die Maschinen sind alle mit Staubabzugseinrichtungen versehen, so daß ein Herausfliegen des Staubes nicht möglich ist.

Wir geben dieser Berichtigung statt und wollen sie zum Anlaß nehmen, an unsere Arbeiterkorrespondenten der dringenden Appell zu richten, in ihren Einblendungen an die Redaktion nur Tatsachenmaterial anzuführen. Wir haben es wirklich nicht nötig, mit Unwahrheiten zu operieren, sondern führen unseren Kampf gegen das kapitalistische System auf dem Boden des Programms der IAG und der RGD.

Genosse Paul Gruner

berichtet über den 5. RGD-Kongress und die wahren Verhältnisse in der Sowjetunion am Freitag dem 10. Oktober im Reglerheim. Mitwirkung der Roten Kafeten. Eintritt: Erwerblos 30 Pf., Voll-arbeiter 60 Pf. Karten bei den IAG- und RGD-Funktionären zu haben.



Die Indianer



Rund um den Erdball

Ein Munitionsdepot nach dem andern liegt in die Luft

Explosionstatastrophe in Südslawien

8 Todesopfer, 14 Schwerverwundete — Wilde Flucht der Umwohner

Wien, 1. Oktober. Mitten vor drei Tagen berichten, daß bei Moncel-les-Lunévilles ein riesiges Munitionsdepot der französischen Imperialisten in die Luft flog, so meldet heute der Telegraph eine ähnliche Katastrophe aus Südslawien. Dort explodierte in der Nähe der an der griechischen Grenze gelegenen Stadt Obotowit ein riesiges Munitionsdepot, bei dem nach den bisher vorliegenden Meldungen acht Militärpersonen ums Leben kamen und vierzehn schwer verwundet wurden. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Opfer noch bedeutend größer ist.

Nach der ersten Explosion erfolgte mit ungeheurer Gewalt noch ein Dutzend weitere. In wilder Flucht brach

ten sich die Bewohner Obotowits vor den herumfliegenden Geschosspitern in Sicherheit. Sie flüchteten auf griechisches Gebiet und berichteten dort, daß sich kein Mensch dem Explosionsherd zu nähern wage, weil dort immer noch Geschosse explodierten.

Genau wie vor drei Tagen bei der Explosion in Frankreich, ist man auch hier gleich bei der Hand, die Explosion auf einen Anschlag zurückzuführen. Ohne die feinsten Beweise zu haben, beschuldigt man die bulgarischen Komitatstschis der Brandstiftung. Nach den Berichten einiger überlebender Zeugen der Katastrophe soll jedoch ein Wachposten aus Unvorsichtigkeit durch eine brennende Zigarette das Unglück verschuldet haben.

Sturm auf den Kubanischen Präsidentenpalast



Demonstrierende Studenten versuchten vor einigen Tagen den Präsidentenpalast — unser Bild — in Havanna auf Kuba zu stürmen. Bei der Abwehr des Angriffes durch ein rings um den Palast aufgestelltes Polizeiaufgebot kam es zu einem Feuergefecht und einem erbitterten Handgemenge, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Die Ursache der unzufriedenen Stimmung unter den Arbeitern und Studierenden ist, wie überall, in der wirtschaftlichen Not und dem Massenelend zu suchen. Die verschiedensten Cliquen versuchen mit den erregten Volksmassen ihre dunklen Ziele durchzusetzen.

Erbitterter Erbschaftskrieg zweier Brüder

Ein heimtückischer Mordversuch

Gastrohr heimlich durch die Decke zur Wohnung des Bruders geleitet

Waltershausen, 1. Oktober. Einen heimtückischen Mordversuch verübte in der Sonntagsnacht der Hausmann Fritz Braunstein auf seinen im gleichen Hause über ihm wohnenden Bruder Hermann, indem er versuchte, ihn als Miterben durch Gas zu vergiften. Zum Glück konnte dieser raffiniert eingeschaltete Anschlag vereitelt werden. Nach einem Mordversuch wurde der strahlende Erbschaftskrieg verhaftet.

Ergänzend wird zu diesem aufsehenerregenden Vorfall bekannt, daß es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß Hermann Braunstein nicht dem Anschlag seines Bruders zum Opfer gefallen ist. Als nämlich gegen Mitternacht die Ehefrau Hermann Braunsteins nach Hause zurückkehrte, bemerkte sie bereits in der Küche einen starken Gasgeruch. Ihre Bemerkungen, das Licht einzuschalten, waren vergeblich. Als sie eine Petroleumlampe mit einem Streichholz anzünden wollte, erfolgte eine Explosion. Die sofort alarmierte Polizei und Feuerwehr war bald zur Stelle.

Bei der Untersuchung der Wohnung fand man im Schlafzimmer, wo Hermann Braunstein schon fast betäubt im Bette lag, ein Loch im Fußboden, durch das ein Gastrohr heraufsteigt.

Der die Untersuchung leitende Beamte ging darauf fort,

um einen Sachverständigen zu holen. Als er mit demselben zurückkehrte, stellten sie zu ihrem Erstaunen fest, daß das Gastrohr inzwischen verschwunden war.

Als Hermann Braunstein das Bewußtsein wieder erlangt hatte, und man ihm den Mordversuch auf seine Person berichtete, lief er sofort in größter Erregung:

„Das bringt nur mein Bruder Fritz fertig.“

Tatsächlich fand man bei der weiteren Untersuchung in der darunterliegenden Wohnung, daß ein erst kürzlich verputztes Loch in der Zimmerdecke wieder aufgerissen war. Fritz Braunstein selbst oder einen weiteren Beweis seiner Schuld fand man jedoch nicht.

Im Begriff, das Haus zu verlassen, wurden die Beamten von Nachbarn darauf aufmerksam gemacht, daß auf dem Dach des Hauses, trotz der Dunkelheit, eine Gestalt gesichtet worden sei. Man begab sich auf das Dach und es gelang tatsächlich, Fritz Braunstein, der sich durch Flucht der Verhaftung entziehen wollte, festzunehmen. Er gestand ein, durch die ewigen erbitterten Erbschaftskrieglichkeiten mit seinem Bruder in eine solche Wut geraten zu sein, daß er beschloß, den Erbschaftskrieg bis zum Umbringen zu treiben. Er wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Gotha eingeliefert.

Mit gespaltenem Schädel aufgelunden

Graufige Bluttat in Nürnberg

Der mutmaßliche Täter verhaftet

Nürnberg, 1. Oktober. In seiner Wohnung Pflanzstraße wurde der 30jährige verheiratete Maler Herwig mit einer klaffenden Wunde und gespaltenem Schädel tot aufgefunden. Neben dem Ermordeten lag das zur Tat verwendete Beil. Es gelang, den mutmaßlichen Täter namens Harzer zu verhaften.

Der ermordete Maler lebte mit seiner Frau seit längerem in Ehelicheit. Wiederholt war es zwischen den Eheleuten zu Streitigkeiten gekommen. In der Nacht zum Mittwoch endlich wurden die Hausbewohner durch Hilferufe aufgeschreckt. Sie hörten noch einen Schlag, vernahmen aber dann weiter nichts mehr. Der Verhaftete wohnt im gleichen Hause und soll bei einer früheren Streitigkeit zwischen den Eheleuten der Frau Herwig zu Hilfe geeilt sein.

Schiffsexplosion auf der Unterelbe
Am Dienstagabend geriet auf der Unterelbe ein Motorsegler durch eine Explosion in Brand. Eine Röhre des Brandes war nicht möglich, so daß das Schiff innerhalb ganz kurzer Zeit sank. Ob Menschenleben umgekommen sind, ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen.

Erdstöße in Böhmen

Zwischen Eger und Franzensbad wurde am Dienstagabend mehrere Erdstöße verspürt. Nach Aufzeichnungen der Erdbebenwarte dauerte die Erdbebewegung 20 Sekunden. In Eger machte sich das Erdbeben in Form eines unterirdischen Grollens bemerkbar, an anderen Orten wurden schwache Erdstöße gespürt.

Der Halleluia-Funk des Papstes

„Stellvertreter“ Gottes wählt seinen neuen Radiosender ein

Der Kurzwellensender des Vatikan, der in päpstlichem Auftrag von Marconi erbaut wird, steht vor der Vollendung. Wie der „Osservatore Romano“ mitteilt, werden im Laufe des kommenden Monats die ersten Versuchsendungen vorgenommen. Die Sendefähigkeit des vatikanischen Kurzwellensenders soll so groß sein, daß der Sender in ganz Europa einwandfrei gehört wird. Die Leistungsfähigkeit des Senders wird noch erhöhe durch seine Verbindung mit der zentralen Besprechungsstelle des italienischen Rundfunks. Dazu ist eine besondere Kabelverbindung gelegt. Auch mit den beiden sehr starken italienischen Kurzwellensendern besteht Kabelverbindung. Damit soll vor allem auch eine gute Übertragung vatikanischer Sendungen nach Amerika und in den Fernen Osten gesichert sein.

Die bevorstehende Eröffnung des Senders und die erste Rundfunkansprache des Papstes wird, wie die Zentrumsprelle triumphierend meldet, auch auf die Mehrzahl der europäischen Großstädter übernommen. „Der Rundfunk wird für Weltkatholik der Kirche.“ — Hosianna, rufen die Blätter des Zentrums.

Der Arbeiter weiß, daß dieser Rundfunksender nur ein neues Mittel zur päpstlichen Lüge gegen die Sowjetunion und gegen die Vorkämpfer der ganzen Welt ist. Gleichzeitig wird er dazu beitragen, daß die Radioprogramme noch stärker verpöndelt werden als bisher schon.

Der Kalif ruft auf

Gegen den Fortschritt als bolschewistische Propaganda

In der italienischen Zeitschrift des römischen „Orientalischen Institutes“, im „Orient Moderno“, lesen wir, daß der in der Schweiz in Verbannung lebende frühere Kalif Abdal Medjid an alle Muselmänner einen Rufus gerichtet hat. Der Rufus des Kalifen beginnt mit einem Appell an alle Herrscher der Welt, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Throne durch die Bolschewisten zum Wackeln gebracht würden. Sie sollen alles unternehmen, um die bolschewistische Propaganda im Keime zu ersticken.

Er wendet sich dann an alle Gläubigen und sucht zu beweisen, daß alle „Schlagworte“ wie „Fortschritt“ usw., die jetzt auch im Orient so modern geworden sind, nichts anderes seien als bolschewistische Agitation. Die Muselmänner sollen sich durch diese neuen Parolen nicht beirren lassen, sie sollen ihren Glauben nicht mit modernen Ideen vertauschen, nur so könne wieder eine „gute alte Zeit“ kommen, wo die bolschewistische Propaganda vernichtet wird.

Bezeichnenderweise ruft Abdal Medjid insbesondere Mussolini auf, die „bolschewistische Herrschaft“ zu brechen.

Im Dreikönig des Papstes, der kapitalistischen Mächte und der Sozialdemokratie fehlte bisher tatsächlich nur dieser weggegangene Kalif!

Schweres Unglück auf einer Kohlenanlage

Auf der Kohleanlage des Eschweiler Bergwerksvereins in Mariadorf kamen am Montag nachmittags vier Arbeiter, die an der Schalthütterungsanlage beschäftigt waren, mit einer 500 Voltleitung in Berührung. Alle vier fielen demütlos zu Boden. Die Wiederbelebungsvorläufe hatten bisher nur bei zwei Arbeitern Erfolg. Die beiden anderen sind zur Zeit noch demütlos.

Auf der Reise nach Leningrad ertrunken

Der Kapitän der Fremdenkahn Niederradt bei Leningrad, Dr. Schmieberger, ist auf einer Dampferfahrt von Steinitz nach Leningrad über Bord gestürzt und ertrunken.

Auf Schmugglerfahrt erschossen

Bei Hindenburg an der deutsch-polnischen Grenze wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Schmuggler von einem polnischen Beamten erschossen, als er zwei Säcke Koffin über die Grenze bringen wollte.



„Eulenspiegel“, soeben neu erschienen. Überall erhältlich

Kan
R
Wirt
Die
Wirtsch
fieren u
rung der
Schöpfung
Bon
a) Alle
b) Betei
der z
nicht
h) Für
läter
c) Die
Miet
reich
d) Für
nicht
als
„Häher
Die P
h) sofort
a) Alle
fagen
b) Strei
meile
c) Die
triebe
Form
für d
Arbeit
a) Siebe
Geme
Schul
und g
b) Gewi
alle
unter
Das W
agswahl
erlichen
W
nach gegen
der Jahre
Kassen die
die Auswe
ers traf
ie Bourge
entale W
richtige
rganisiert
den Dista
Die
rie in I
kennung
erwerblos
euen dur
schäpe, u
schittliche
Das J
ung jed
et. Durch
teuergehe
den W
verkäufen
ird nicht
andes un
teuerreim
id die ja
r Sozial
wärtung d
geiphte p
r alle pa
eiteter W
Der Ka
il nur i
itteln gel
mmunisi
wen ang
ellen küm
he Betre
wegung,
irgerliche
inden wa
amfalsch
Zur Tä
steifung d
uen zu
meindese
rhindern d
e rufen
mmunale
steiprüf
entlähma
r SPD
auberufen
hnen. N
e roten H
ten Dielen
Die läch
sichenaus
r Kranke
aktionäre
anfenerlo
Die Nat
schnung d
Koffen d
s im Aut
Lohn u

Kampfforderungen gegen Kapitalsdiktatur!

Die Klassenforderungen des Proletariats gegen die Massenausplünderung der Kapitalisten!

Wirtschaftskämpfe

Die roten Gemeindefunktionen müssen alles einlehen, um die Wirtschaftskämpfe gegen Lohnabbau und Steuerdruck zu organisieren und auszulösen. Die Voraussetzung zur erfolgreichen Führung der Kämpfe ist die Bildung von Kampfleitungen und die Schaffung eines roten Betriebsvertrauensmännerkörpers.

Von den Gemeinden wird gefordert:

- a) Alle Arbeiter, die mittelbar oder unmittelbar an Streiks beteiligt sind, erhalten Unterstützung durch die Gemeinde in der Höhe der gehobenen Fürsorge. (Die Unterstützung ist nicht rückzahlbar.)
- b) Für sämtliche Streikenden werden die Gas- und Elektrizitätsrechnungen niedergeschlagen.
- c) Die Herausziehung von Streikenden wegen rückständiger Miete wird verhindert. Die Streikenden erhalten eine ausreichende Mietbeihilfe aus Mitteln der Gemeinden.
- d) Für alle im Wirtschaftskampf befindlichen, sowie für deren nicht erwerbstätige Angehörigen, die infolge des Kampfes als Krankheitsmittelglieder ausgeschieden, ist die Weiterverpflegung durch die Stadt zu gewährleisten.

Die Pflichtarbeit

ist sofort zu befeitigen.

- a) Alle Arbeiter werden im freien Arbeitsverhältnis nach gültigen Tarifen ausgeführt.
- b) Streikenden Pflichtarbeitern ist die Fürsorgeunterstützung weiterzugeben.
- c) Die Vertrauensleute der Rotfrontarbeiter gelten als Betriebsräte im Sinne des BMB. Die Wahl erfolgt in der Form der Delegiertenwahl auf Grund des Reichsvertrages für das Baugewerbe.

Arbeitszeit und Lohn

- a) Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich für alle in den Gemeindefunktionen beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen. Sechstundentag für Jungarbeiter und bei besonders schwerer und gefährlicher Arbeit.
- b) Gewährung von jährlich 3 Wochen bezahltem Urlaub für alle Arbeiter und 4 Wochen für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

Erwerbslosenforderungen

- a) Bereitstellen von ausreichenden Mitteln zur Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde- oder Bezirksverbände.
- b) Verbot jeder Heberarbeit.
- c) Der örtliche Erwerbslosenausschuss wird als Vertretung der Erwerbslosen durch das Gemeindeparlament anerkannt. Die Vertreter erhalten Sitz und Stimme im Fürsorgeausschuss.
- d) Winterbeihilfen für alle Erwerbslosen, Familienunterstützung 20 RM. In den Monaten September bis April ist allen Erwerbslosen, Sozialrentnern und vom Fürsorgeamt betreuten eine Heizungsbeihilfe in Höhe von 3 Zentner Kohle pro Monat zu bewilligen.
- e) Allen Erwerbslosen usw. sind die vorhandenen Gas- und Stromschulden zu erlassen. Die Gemeinde übernimmt die Gas- und Stromgebühren für die Dauer der Erwerbslosigkeit.
- f) Die Kinder der Erwerbslosen erhalten pro Kopf täglich 1 Liter Milch und unentgeltliches Mittagessen auf Kosten der Gemeinden.
- g) In den Wintermonaten sind Wärmestuben in den Gemeinden zu errichten.
- h) Zur Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen hat die Gemeinde geeignete Räume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
- i) Ausgesteuerte Erwerbslose haben aus Gemeindefunktionen Unterhaltungen in derselben Höhe der zuletzt bezogenen Erwerbslosenunterstützungen zu erhalten.
- k) Gewährung von Mietbeihilfen für alle Erwerbslosen, vom Fürsorgeamt betreuten usw. in der vollen Höhe der monatlichen Miete.

Alle aus der Notverordnung sich ergebenden Verschlechterungen sind im vollen Umfang durch Leistungen der Gemeinden auszugleichen. Die Kosten für Krankenschein, Arzneien und Rezepte haben die Gemeinden zu übernehmen.

Für Kleinvertréibende

- a) Steuererlass für alle Gewerbetreibenden, deren Reineinkommen auf dem Lande 3000 RM, in den Städten 4000 RM, jährlich nicht übersteigt.

- b) Sofortige Aufhebung der Gemeindezuschläge für Klein- und gewerbetreibende zur Grund- und Gewerbesteuer.
- c) Keine Einführung von Gemeindesteuern, die den Mittelstand belasten.

Gegen Wohnungsnot

- a) Bereitstellung von Mitteln durch Besitzern (Wohnungszugewinnern) für kommunalen Bau von ausreichend großen Arbeiterwohnungen unter Anpassung der Mieten an Einkommen und soziale Lage.
- b) Herabsetzung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie Klein- und gewerbetreibende, deren Einkommen in der Stadt 3000 RM, und auf dem Lande 4000 RM, nicht übersteigt.
- c) Aufhebung der Mietsteuer unter gleichzeitiger entsprechender Senkung der Mieten. Solange dieselbe besteht, zeitliche Verwendung derselben zum kommunalen Wohnungsbau.
- d) Verhinderung jeder Zwangsversteigerung.

Ausbau der Volks- und Berufsschule

- a) Unentgeltliche Schulpflicht, völlige Vermittlung für die Kinder der Arbeiter, Erwerbslosen, Sozialrentner und sonstigen Unterstützungsempfänger.
- b) Beschaffung von Schuhwerk und Kleidung.
- c) Ausbau der Erholungsstätten.
- d) Schaffung von Sport-, Spiel- und Badegelegenheiten.

Für die Jungarbeiter

- a) Aufhebung der Verordnung des Innenministeriums von 1927 betr. Verbot für alle Volks- und Berufsschüler, in revolutionären Jugendorganisationen Mitglied zu sein und an deren Versammlungen teilzunehmen.
- b) Jedes weitere Vorgehen gegen Volks- und Berufsschüler auf Grund der angeführten Verordnung durch die Ortsbehörde hat zu unterbleiben.
- c) Errichtung von Jugendheimen für die erwerbslose Jugend. Die Verwaltung liegt in den Händen der Jugendlichen.
- d) In den Berufs- und Fortbildungsschulen wird den Schülern weitestgehendes Mitspracherecht bei der Durchführung des Lehrplans gewährt. Die Berufsschule wird in die Arbeitsebene verlegt.
- e) Für alle proletarischen Jugend- und Kinderorganisationen werden besondere Räume zur Durchführung von Versammlungen und Sitzungen durch die Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
- f) Sozialisierende Fürsorgeeinrichtungen, Jugend- oder Vechelingsheime bestehen, werden diese in kommunale weltliche Anstalten umgewandelt; die Jugendlichen erhalten weitestgehendes Mitspracherecht.

Allgemeine Wohlfahrt

- a) Durchführung einer öffentlichen Fürsorge auf der Grundlage der gehobenen Fürsorge.
- b) Befreiung der Rinderhaltungspflicht.
- c) Ausschaltung der Kirche und der privaten Wohlfahrtsorganisationen aus der Fürsorge, feinstetige Zuwendung aus öffentlichen Mitteln an diese.
- d) Bestimmung der Unterhaltungsberechtigten und ihrer Organisationen bei Festlegung der Leistungen und im Bedarfsfall.
- e) Schaffung von häuslichen Altersheimen, Kontrolle aller Anstalten durch in Arbeiterversammlungen gewählte Beauftragte.
- f) Unentgeltliche Hebrutshilfe und soziale Totenbestattung für alle, deren Einkommen RM. 3000,- jährlich nicht übersteigt.

Zuwendungsmaßnahmen

- a) Befreiung der Zwangsärztliche Untersuchung und ihrer Anstalten, Errichtung von Heil- und Erziehungsanstalten, von kommunalen Krippen, Heilanstalten in allen Heimen.
- b) Unentgeltliche Erholungsmaßnahmen für alle Jugendlichen unter 21 Jahren.

Gesundheitswesen

- a) Unentgeltliche ärztliche Behandlung aller Arbeiterkinder und Jugendlichen. Freie Arztwahl.
- b) Errichtung von Zahnkliniken, von Ambulanz und Liegehallen für Tuberkulose und deren unentgeltliche Benutzung durch die Arbeiter.
- c) Errichtung von ausreichenden Fürsorge- und Behandlungsstellen für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten.
- d) Bereitstellung von Mitteln zu Ernährungsbeihilfen für Kranke.
- e) Verbot medizinischer Experimente an Kindern und erwachsenen Menschen.
- f) Totenbestattung durch die Gemeinden. Für die Minderbemittelten erfolgt die Bestattung kostenlos; gestaffelte Gebühren für die Bestattung nach dem Einkommen.

Schutz für Mutter und Kind

- a) Gewährung eines Stillgeldes in der Höhe des halben Krankengeldes, mindestens RM. 1,- täglich für die Dauer von 8 Monaten.
- b) Errichtung von Entbindung- und Wohnheimen für Mütter und Kinder sowie Säuglingsheimen und Krippen, Errichtung von Schwangeren- und Mütterberatungsstellen.
- c) Gewährung von Erntegeld und Ausstattungen an Minderbemittelte.

Geburtenregelung und Sexualberatung

- a) Errichtung von Beratungsstellen durch die Gemeinde, oder Bezirksverbände.
- b) Kostenlose Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft.
- c) Auslösung der Schwangerschaftsunterbrechung in Krankenhäusern.
- d) Sexuelle Aufklärung der Jugend in naturwissenschaftlicher Schulunterricht.

Proletarische Siedler und Kleingärtner

- a) Bereitstellung von Mitteln zu zinslosen Darlehen an Kinderreiche, Minderbemittelte und besonders für die unter der Wohnungsnot leidenden Familien zum Anlegen von Dauergärten und Errichtung von Erntehäusern.
- b) Befreiung der Siedler von der staatlichen und kommunalen Grundvermögenssteuer.
- c) Ausbau der Straßen in den Siedlungen durch die Gemeinden, ohne Heranziehung der Siedler zu Straßenbaukosten, unentgeltliche Herstellung der Hausanschlüsse (Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation).
- d) Bei Räumung von Kleingärten ansehnliche Entschädigung und Zuerstung von Dauerzweckland an die Kleingärtner. Räumung von Kleingärten nur nach Ablauf des Erntezweckes.

Kampf für ein Sowjetdeutschland!

Die Parole der roten Kommunalvertreter

Die auf der Konferenz angenommene Entschliessung

Das Wachstum der kommunistischen Stimmen bei der Reichswahl zeigt die fortschreitende Radikalisierung der proletarischen Massen und der kleinbürgerlichen Schichten, die sich durch gegen das bürgerlich-kapitalistische System gewandt haben. Der Kampf der kommunistischen Partei bestätigt, daß die Massen die Richtigkeit der Politik der Partei anerkannt haben. Die Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems, die sich besonders stark in der verschärfenden Wirtschaftskrise äußert, zwingt die Bourgeoisie die Methoden der Demokratie aufzugeben und brutale Methoden des Faschismus anzuwenden. Gegen diese diktatorische Diktatur muß der schärfste Widerstand der Massen organisiert werden mit dem Ziel der Errichtung der proletarischen Diktatur, eines Sowjetdeutschlands.

Die Durchführung des Youngplans verschärft die Krise in Deutschland. Mit Hilfe des Artikels 48 führt die rümpfende Regierung neue, unerhörte Verschlechterungen in der Erwerbslosen- und Krankenfürsorge sowie unerhörte Masseneuere durch. Die Trübsandsgelüste verläßt ihre Lohnabbauversuche, welche mit Hilfe des Republikvertrages und des schändlichen Terrors durchgeführt werden soll.

Das Finanzkapital legt keinen Vorhalt zur Abdrosselung jeder sozialen Kommunalpolitik vor. Durch die Verschlechterung des Finanzgleichgewichtes, der teurergehenden an die Unternehmer, Herabsetzung der Mittel zur Wohnungsbau und Sozialfürsorge wird die Lage aller Schichten wesentlich verschlechtert. Der Kommunalbürokratie ist nicht mehr gestattet, ihre frühere Scheinopposition gegen andres- und Reichsregierung zu führen, sie sind nur noch die treue Hand für die Trübsandsgelüste. Die Nationalsozialisten in die sozialfaschistischen Führer sind führend bei dem Abbau der Sozialfürsorge und Einführung der Massensteuern. Die Verschärfung der Klassenlage erfordert härtere und schneller als bisher alle parlamentarischen Kämpfe nur nach vorausgehender erfolgreicher Mobilisierung aller Werktätigen zu führen.

Der Kampf gegen die Diktatursteuern wurde zum größten Teil nur innerhalb des Parlamentes mit parlamentarischen Mitteln geführt. In ca. 150 schändlichen Gemeinden wurden die kommunistischen Anträge gegen Einführung neuer Gemeindesteuern angenommen. Unter dem Druck der radikalisierten Massen stimmten teilweise Sozialdemokraten, Nazis und bürgerliche Vertreter für unsere Anträge. Die notwendige Massenbewegung, Mobilisierung, der Betriebe, Erwerbslosen, Kleinrentnerischen Schichten unterbleibt. Nur in ganz wenigen Gemeinden wurden Einwohnerversammlungen durchgeführt, und amtsausschüsse und kommunale Beiräte gewählt.

Zur Täuschung der Massen beschloß die kommunalpolitische Abteilung der SPD Sachsens den Kampf gegen die Diktatursteuern zu führen. Praktisch führen die sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre neue Gemeindesteuern ein. SPD-Parlamentarier verhindern die Behandlung der kommunistischen Protestanträge, e rufen nach Polizei und Staatsanwaltschaft, um die roten Gemeindefunktionäre der Justiz auszuliefern. Der SPD-Vizepräsident Reichner beschlagnahmte die SPD wegen Verletzung der Entschliessung der SPD-Kommunalkonferenzen. SPD-Landtagspräsident Weick weigert sich den Landtag zu besuchen, um zu den kommunistischen Anträgen Stellung zu nehmen. Nur die kommunistischen Vertreter und die Vertreter der roten Arbeiterzellen kämpfen in den Gemeindeverwaltungen gegen diesen unerhörten Feldzug der Hungerregierung.

Die schändliche Regierung führt, trotz Ablehnung durch den Reichsausschuss des Landtages die Gemeindesteuern ein. In Krankenfürsorge und in der Sozialdemokratischen Aktionäre gemeinsam mit den Unternehmern den Abbau der Krankenversorgung.

Die Nationalsozialisten entfachen sich und zeigen durch ihre Lehren der kommunistischen Anträge, daß sie den Youngplan zu Kosten der Werktätigen durchführen. Sie bewilligen alles, was im Interesse der Youngrepublik gefordert wird. Auch in Lohn- und Arbeitszeitkämpfen des Proletariats zeigen sie

sich als Soldner des Unternehmertums. Von nationalsozialistischen Führern hinweg Arbeiter unter der Führung ihres Stadtparlamentes noch in Plauen leisteten Streikbrecherei beim Roman-Streit.

Durch revolutionäre Massenarbeit der roten Gemeindefunktionäre unter Heranziehung der Verbindung mit allen Schichten der Werktätigen durch Schaffung von kommunalen Beiräten und Komitees gegen die Steuerdiktatur muß es gelingen, die radikalisierten Kleinbürgerlichen vom Faschismus und Sozialfaschismus zu lösen und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen. Im Vordergrund unserer Arbeit steht die sofortige tatkräftige Vorbereitung, Organisation, Auslösung und Unterstützung aller Lohn- und Arbeitskämpfe. In den Versammlungen der Betriebe und Gewerkschaften müssen die roten Gemeindefunktionäre über den gemeinsamen Kampf mitberaten und durch Einbringung von Anträgen im Parlament dieselben unterstützen. Bei der Behandlung unserer Anträge müssen die Streikenden aufmerksam machen, um durch Massendruck dieselben zu unterstützen. Durchführung des Kampfprogramms für die Erwerbslosen und Sozialrentner ist erforderlich. In Kundgebungen und Versammlungen sollen diese Forderungen angenommen und gemeinsam mit den ausgebeuteten Schichten durchgeführt werden.

Die Bildung der kommunalen Beiräte muß in den Betriebs- und Erwerbslosen- sowie Einwohnerversammlungen geschehen. Die gewählten Vertreter der sozialpolitischen Organisationen und der Erwerbslosen sind diesen Beiräten anzuschließen. Eine breite Massenmobilisierung gegen Steuerdiktatur, Faschismus unter der Führung der roten Gemeindefunktionäre ist die Voraussetzung für die Schaffung der roten Klassenfront zum Sturz des kapitalistischen Systems. Alle Tagesforderungen müssen mit unserem Endziel verbunden werden, denn nur durch die Schaffung eines Sowjetdeutschlands wird die Krise gelöst.

In allen Gemeinden, wo die Diktatursteuern gegen den Willen der roten Gemeindefunktionäre durchgeführt werden, ist neben dem außerparlamentarischen Kampf der Steuerkämpfe und die Steuerabgabe als Gegenwehr durchzuführen. Daneben muß die Aufklärung des Gemeindeparklamentes erzwungen werden. Die Einberufung von Versammlungen, in welchen Stellung zur Durchführung der Aufklärungskampagne genommen wird, sind sofort einuberufen. Höchste Aktivität ist erforderlich.

Die versammelten Delegierten erklären, daß sie im Kampf gegen neue Klassensteuern trotz schändlichen Terrors ihre proletarische Pflicht erfüllen werden. Sie lehnen ihre Mitwirkung bei der Erhebung und Eintreibung dieser Diktatursteuern und Abgaben, für die die Sozialfaschisten in den Länderregierungen ebenso wie der Nationalsozialist Kriß ihre Durchführung bestimmen erlassen haben, ab. Der Kopf- und Ledigensteuer, dem Notopfer, der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, der Bier- und Schanksteuer, den Mietsteuern und dem Abbau der sozialen Fürsorge gilt unser schärfster Kampf. Wir fordern die sofortige Aufhebung der Diktaturverordnung, die sich nur gegen die werktätigen Massen richtet.

Werktätige! Unterstützt tatkräftig diesen Kampf, bildet Komitees gegen Massensteuern, nehmt Stellung in den Betrieben, sozialpolitischen Organisationen, Kleinbürgerlichen Vereinigungen und Erwerbslosenorganisationen. Heraus zum Kampf gegen die Diktaturverordnung, für Steuerkämpfe und Steuerabgabe, Verhindert die Eintreibung der Diktatursteuern der hantierten Hungerregierung! Kämpft gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung, Abbau der sozialen Fürsorge, für Siebenstundentag mit Lohnausgleich, für ausreichende Unterstützung aller Opfer des Kapitalismus.

Indem die Gemeindefunktionäre die vorhergehenden Maßnahmen durchführen, mobilisieren sie am besten die breiten Massen gegen die kapitalistische Young-Republik und schaffen dadurch gleichzeitig in den breiten Massen der Werktätigen die Erkenntnis für den radikalsten Kampf um die Errichtung eines Sowjet-Deutschlands.

Arbeitsbeschaffung für Sachsen

Kommunistischer Vorstoß im Landtag für Arbeit und Brot / Hilfe den Kleinbauern - Für 7-Stunden-Tag / Herunter mit den Ministergehältern / Einstellung der Youngsahlungen / Diskutiert im Betrieb und Stempelstellen die Anträge der KPD!

Dresden, den 2. Oktober.

Unter letzter großer Arbeitsbeschaffungsantrag wurde im Sächsischen Landtag von allen Parteien ohne Ausnahme niedergestimmt. Der wachsenden Empörung der SPD-Arbeiter Rechnung tragend, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion jetzt von sich aus einen Antrag auf Arbeitsbeschaffung eingebracht. Dieser Antrag ist nichts als ein Täuschungsmanöver; denn er richtet sich an die Brüning-Regierung. Dieselbe Regierung, die sich jetzt zu einem großen Angriff gegen die Betriebsräte und erwerbslosen Arbeiter ansetzt, soll das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen.

Wir Kommunisten durchkreuzen dieses Betrugsstück. Wir zwingen erneut SPD, Nazis und die anderen Parteien, Farbe zu bekennen. Wir wissen, daß mit der Behebung der Arbeitslosigkeit in Sachsen auch dem Mittelstand weitestgehend geholfen würde. Unser Arbeitsbeschaffungsprogramm, das wir als Zusatzantrag dem Landtag eingebracht und nachstehend in seinem Wortlaut veröffentlichen, richtet sich unmittelbar an die sächsische Regierung und die einzelnen Fraktionen unseres Antrages sind konkret und lassen keine Zweideutigkeiten und willkürlichen Auslegungen zu.

Wir fordern die betriebstätigen und erwerbslosen Arbeiter, die Angestellten, die Kleinrentner und die öffentlichen Kundgebungen, wie in den Versammlungen ihrer Organisationen zu unserem Antrag Stellung zu nehmen und den parlamentarischen Vorstoß der Kommunisten durch außerparlamentarischen Massendruck zu unterstützen.

Zusatzantrag zum Antrag Nr. 99

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung

1. sofort 50 Millionen Mark für den Bau von Arbeiter-

wohnungen zur Verfügung zu stellen, die Mittel hierfür gleichen Darlehen für Kleinrentner und Hausbesitzer zur Verfügung zu stellen, soweit dieselben in durch die restliche Verwendung der Mietzinssteuer zum Wohnungsbau zu beschaffen. Soweit der Betrag nicht ausreicht, Darlehen aufzunehmen;

2. Darlehen zur Verbilligung der Hypotheken für Siedlungsbau, Eigenheimbau, soweit sie den Wert von 18 000 RM nicht übersteigen, und für Reichsheimstätten zur Verfügung zu stellen;

3. den Talperrenbau im Mügeln- und Gottscheebetal einzuleiten. Als erste Rate für den Baubeginn 5 000 000 RM zur Verfügung zu stellen;

4. die Regulierung der Flußläufe, der Spree, der Neiße, der Mulde, der Pleiße, der Randau und des Chemnitzflusses durchzuführen und die notwendigen Mittel bereitzustellen;

5. mit dem Bau des Südlängels des Mittelrandkanals (Elster-Canal-Kanal) zu beginnen;

6. sofort ein Programm für die Wassererzeugung der Gemeinden aufzustellen und die Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen;

7. die Reparatur der Staatsstraßen beschleunigt und erweitert durchzuführen, an gefährdeten Straßenfreizeugen Unterführungen oder Übergänge anzulegen, bei den Staats- und Gemeindestraßen Radfahrstreifen zu schaffen, für die schwarz-weißen Straßen die gleichen Maßnahmen durchzuführen;

8. für Kleinrentner 2 Prozent verzinsbare Darlehen zur Feuerstellung von abbruchnotwendigen Wohn- und Wirtschaftshäusern zur Verfügung zu stellen, wenn der Einheitswert der Befragten 30 000 RM nicht übersteigt. Die

eigenen Häusern wohnen und der Wert der Wohngebäude 20 000 RM nicht übersteigt;

9. den Bau der Frauenklinik in Chemnitz, soweit es nicht gelassen, zu beginnen und beschleunigt weiterzuführen;

10. ein Verbot gegen die Betriebsstilllegungen zu erlassen; den Siedlungsbedarf für Sachsen durchzuführen und mit der Durchführung derselben in den Staatsbetrieben sofort zu beginnen; ein Verbot gegen Kaba-Kunden zu erlassen;

11. einen Geletpapier vorzulegen, nach dem Unternehmer, die Schenkungsleistungen durchzuführen, um Arbeit zu schaffen und die Höhe zu prüfen, exemplarisch bekräftigt werden.

Die Mittel zur Durchführung obiger Maßnahmen aus Bundesmitteln zur Verfügung zu stellen, dafür alle notwendigen Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat zu freieren, die Gehälter der Minister und oberen Beamten auf 8000 RM herabzusetzen, eine Sondersteuer für alle Vermögen über 200 000 RM sofort einzuführen; bei der Reichsregierung die Einstellung der Youngzahlungen zu verlangen, die Einstellung der Youngzahlungen der Reichsbank zu fordern und die freierwerbenden 122 Millionen Reichsmark zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

12. Bei der Reichsbahnverwaltung zu fordern, umfangreiche Ausbesserungsarbeiten für den Eisenbahnbau zu beantragen, an gefährdeten Überführungen und Eisenbahnstationen über Straßen Überführungen oder Unterführungen zu schaffen.

Zum Schutze des Kleingewerbes

Anttrag

Die ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise bringt dem Kleingewerbe immer mehr zum Erliegen. Ein großer Teil desselben, insbesondere im Bergland und Erzgebirge, wird durch die Kriege besonders hart getroffen, und die Notlage der dort Betroffenen steigert sich ins Unermessliche. Im Kampf um neue Absatzmärkte werden viele Kleinbetriebe immer mehr an die Wand gedrückt. Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt daher dem Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen:

1. Mittel zum Zwecke der Bildung von Erstellungs- und Betriebs-Gesellschaften für das Kleingewerbe zu stellen;
2. zur Bildung und Überwachung dieser Gesellschaften mit ein Ausschuss, bestehend aus Mitgliedern des Landtages und Angestellten des Kleingewerbes, gewählt;
3. darauf hinzuwirken, daß Reichs-, Staats- und Gemeindefürsorge mit diesen Gesellschaften Lieferungsverträge für den Behördenbedarf usw. abschließen.

Genossin Michow

Den Antrag der KPD auf Staatsbeihilfe für Schwangere. Durch zahlreiches kritisches Material gab sie einen Einblick in die ungeheure Notlage der Arbeiterfamilien und setzte sich mit den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in scharfer Weise auseinander. Die SPD verlor wohl, schönfärbende Anträge zu den Wahlen in den Parlamenten zu stellen, sobald es aber um Entschädigung komme, ziehe sie dieselben zurück aber stimme nicht. Einen Kampf gegen die SS 218/19, für die ausreichende Unterstützung der schwangeren Frauen führt nur die KPD. Wie alle anderen Fragen, so würde auch diese Frage der Beförderung und Unterstützung schwangerer Frauen erst in einem Staat der Arbeiter gelöst.

Genosse Siegel

(sprach hierauf zu der Unterstützung der Kriegsgesetz. Die SPD die sich hier als Helferin der Kriegsgesetz hingestellt, sei es zu wagen, die im Reichstag alle Anträge der Kommunisten ablehnen, die im Reichstag ablehnen. Wie bei den Erwerbslosen, so sei auch bei den Verschleierten der Unterstützung einrichtungen der Kriegsgesetz hier die SPD die Schrittmacher des Abbaues gewesen. Trotz aller Demagogie werde die SPD nicht in der Lage sein, abzustreiten, daß der Abbau der Kronenversicherung zuerst von den Sozialdemokraten Lehmann und Willel gefordert worden sei. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kriegsgesetzorganisationen haben nicht das geringste gegen den Angriff der Brüning-Regierung unternommen. Die SPD könne wohl Protokolle fälschen, aber die Tatsachen aus dem Welt zu schaffen vermöge sie nicht. Die Arbeiterfraktion und allem die Kriegsgesetz erkennen immer mehr den Verrat der SPD und würden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Nächste Sitzung Dienstag den 7. Oktober, 13 Uhr

Fortsetzung des Landtagsberichts

Kampf dem Arbeitsdienstjahr, für den Sechsstundentag für Jugendliche!

Zur Begründung der kommunistischen Anträge, die Jungarbeiterfraktion und Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen betreffend sprach die Genossin Grete Groh. Ihre Ausführungen waren eine scharfe Abrechnung mit den Sozialdemokraten, deren Anträge keinerlei Lösung der Jungarbeiterfrage enthielten. Wir veröffentlichen im nachstehenden den wesentlichsten Inhalt der Rede der Genossin Grete Groh:

Genossin Grete Groh:

Wir Jungarbeiter wissen, daß die Lage der Jungarbeiterfraktion im kapitalistischen Staat immer schlechter wird. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien reden wohl von der Not der Jungarbeiter; das war besonders im Reichstagswahlkampf zu sehen, unternahmen aber nichts gegen die Notlage der jungen Arbeiter. Trotz der großen Erwerbslosigkeit werden heute die jungen Arbeiter in den Betrieben noch 10 und 12 Stunden beschäftigt und ausgebeutet. Wir fordern den Sechsstundentag für die Arbeiter und den Sechsstundentag für die Jungarbeiter. Wir wollen keine 10 und 12 Stunden mehr arbeiten, sondern dafür kämpfen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit laufende Jungproleten nicht in den Produktionsprozess kommen. Hatten wir im Jahre 1928 in Sachsen 15 340 Erwerbslose unter 21 Jahren, so betrug im Januar dieses Jahres die Zahl der jungen Erwerbslosen 36 250. Diese jungen Erwerbslosen sollen keine Unterstützung mehr erhalten. Fragen wir, wer ist schuld daran? Es war der Sozialdemokrat Wiffel, der den ersten Versuch machte, den jungen Arbeitlosen die Unterstützung zu rauben. Die jugendlichen Arbeiter sollen auf der Straße liegen bleiben, obwohl sie mit 14 Jahren in die Betriebe geschickt und ausgebeutet werden. Wir werden uns nicht einlassen auf das Arbeitsdienstpflichtjahr, das die Nationalsozialisten wollen. (Sehr richtig! b. o. Komm.) Glauben Sie nicht (zu den Nazis), daß Sie durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht die Arbeitslosigkeit verringern können. Durch die Arbeitsdienstpflicht sollen die Jugendlichen aufs Land hinausgeschickt werden, um dort für einen Tagelohn von 40 Pf. zu arbeiten. Dabei werden sie gedrückt und für den Militarismus erzogen, wie die Nationalsozialisten in ihrem Programm fordern.

Matthies: die Jugend auf für ihre Forderungen, dann geht die Bourgeoisie die Polizei ein und knüppelt die Jugend nieder. Wir lassen uns nicht von der Straße wegjagen. Wir werden kämpfen für unsere Forderungen. Den Nationalsozialisten sagen wir, daß die Jugendlichen bereit sind, zu arbeiten, wenn man ihnen Arbeit gibt, daß sie aber verlangen, nach Tariflöhnen bezahlt zu werden und daß die Arbeitszeit auf 6 Stunden herabgesetzt wird, wie es in Sowjetrußland der Fall ist. Dort im Lande der Arbeiter werden die Jugendlichen nicht 10 und noch mehr Stunden ausgebeutet. Wir verzichten auf das dritte Reich der Nazis, in dem die Jungarbeiterfraktion nur unterdrückt und um ihre Rechte beraubt wird.

Sehen wir uns doch die nationalsozialistischen Unternehmer an. Der Textilindustrielle Ruckmann in Plauen, der Halbbruder der Nazis in Sachsen, beutet die Jugendlichen aus, gibt die Arbeit außer Haus, wo Frauen und Kinder dann schuften müssen, um in der Stunde einen Groschen zu verdienen. (Zuruf der Nazis: Das ist Schwindel.) Das ist nicht Schwindel. Wir haben selbst in diesem Betrieb mitgearbeitet und diese Erfahrungen gemacht. Oder nehmen wir den Abgeordneten Vaisch von den Nazis, der sich an jungen Arbeiterinnen vergreift und ihnen ins Gesicht schlägt. Mit solchen Methoden arbeiten die Nazis. Sie wollen die Jugend zum Militarismus erzogen, wollen sie aufheben in einem Kampf gegen die Sowjetunion. Sie wissen, daß es in Sowjetrußland den jugendlichen Arbeitern gut geht, daß man dort für die Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen sorgt und nicht das Geld für Erziehung der Jugend nimmt zur Unterstützung der Kirche, wie es jetzt in Thüringen getan hat.

Die jugendlichen Arbeiter werden in einer Front mit ihren erwachsenen Kollegen kämpfen. Wir werden streiken um unsere Forderungen. Wir lehnen es ab, uns als Streikbrecher in die Betriebe jagen zu lassen, wie wir es in Mansfeld, in Wurgin und anderen Orten ablehnten.

Auch die Sozialdemokraten erklären, daß sie für die Jugend sind. Wie sie den Jugendlichen helfen wollen, zeigt ihr Änderungsantrag. Fürsorgeunterstützung sollen nach diesem die jugendlichen Erwerbslosen erhalten. Wie diese Fürsorgeunterstützung aussehen wird, sehen wir jetzt schon bei den erwachsenen

Arbeitern. Die SPD ist ebenfalls für ein Arbeitsdienstpflichtjahr unter der Führung des ADGB. Die Bremer Volkszeitung propagierte dieses Arbeitsdienstpflichtjahr wiederholt. Die jugendlichen Arbeiter, ob sie erwerbslos sind oder im Betrieb stehen, wissen, daß das Parlament ihnen nicht helfen wird. Unter Führung des KPD und der revolutionären Jugend, den Gewerkschaften, werden wir den Kampf gegen den Lohnabbau, gegen die Ausbeutung des Jungproletariats führen. Die Verprechungen der SPD und der bürgerlichen Parteien nützen der Jugend nichts. Wenn die SPD und die Nazis erklären, daß die Jugend bei ihnen blühen, so werden die Aufmärsche der jugendlichen Arbeiter zeigen, daß die Jugend auf Seiten der kommunistischen Partei steht und mit der kommunistischen Partei und dem kommunistischen Jugendverband durch einen gemeinsamen Kampf ihre Forderungen verwirklichen wird. (Beifall bei den Kommunisten.)

Nach der Rede der Genossin Groh nahm der Innen- und Arbeitsminister Richter das Wort. Die Regierung sei gegen die Gewährung von Sonderbeihilfen an die Erwerbslosen und fordere den Landtag auf, solche Anträge abzulehnen.

Der Deutschnationale Eckardt appellierte an die Gewerkschaften, sie sollen alles Trennende beiseitestellen und am Aufbau der Wirtschaft (am Lohnabbau - b. S.) tatkräftig mitwirken.

Der Demokrat Claus gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion alle Anträge ablehne.

Genossin Olga Körner

(sprach dann besonders zu den Fragen der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. In ihren Ausführungen rechnete sie scharf mit der Demagogie der SPD und der Nationalsozialisten ab. Die Arbeiterfraktion werde den Kampf aufnehmen um den Sechsstundentag und für die Verwirklichung der kommunistischen Anträge.

Nachdem noch Müller (SPD), Voigt (Volkspartei) gesprochen hatten, hielt Arndt (SPD) sein Schlusswort, das eine ernste Rüge- und Kritik gegen die KPD darstellte. Ihm erwiderte der Genosse Wehner, dessen Ausführungen wir bereits geteilt veröffentlichten.

Im weiteren Verlauf der Landtagsverhandlungen begründete die

Zusammenbruch der Anklage im Leipziger Jungarbeiterprozess

Leipzig, 1. Oktober.

Die weitere Zeugenvernehmung im Prozeß gegen 11 revolutionäre Jungarbeiter in Leipzig anläßlich der Vorgänge am Jungentag am 1. Oktober ergab das vollständige Verlangen der Zeugen der Staatsanwaltschaft. Mebererstimmen erklärten dieselben, daß der Hauptbeschuldigte Hauptzeiger in irgendeiner Frage als Täter in Betracht käme. Um nicht ganz den Boden unter den Füßen zu verlieren, wendet der Staatsanwalt die Methode an, immer neue Zeugen zu laden, ohne der Verteidigung davon Kenntnis zu geben. Nach der Vernehmung des Gelangensüberwachungsleiters Schäfer, der bezeugte, daß die Führung des Hauptzeigers in der Untersuchungsphase eine sehr gute war, kommen die von dem Staatsanwalt Hölder angewandten Erpressermethoden zur Sprache. Daß die deutsche Justiz sich jedes Mittels gegen Arbeiter bedient, ist kein Geheimnis mehr. So kam der Staatsanwalt Hölder in die Zelle des angeklagten Hauptzeigers und stellte sich dort als Verteidiger vor. Als dies der Jungarbeiter Hauptzeiger auslegte, ging eine allgemeine Entrüstung durch den ganzen Gerichtssaal.

Hölder ist ganz verblüht da und macht verlegene Ausflüchte, muß aber trotzdem ungewollt bezeugen, daß er viele Erpressermethoden angewandt hat. Gen. Hauptzeiger bezeichnet den Staatsanwalt hierauf in energischen Worten als Lügner

zu Kolbe stellt eine Reihe Beweisurteile und verlangt 1. daß der Staatsanwalt Hölder als Zeuge vernommen wird 2. daß der in Untersuchungsphase befindliche Gen. Hoffmann Zeuge geladen wird.

Trotz dieser Beweise wird der Erpresser Hölder weiter Anklage vertreten und von dem Gericht gebot werden. Schluß der getrigen Verhandlung kam es nach zu einem Zusammenstoß zwischen dem Staatsanwalt und dem Verteidiger Hoffmann.

Die Durchführung des Prozeßes erfordert die Stützung Kampfunds des KPD. Sammel- überall für die gefallenen revolutionären Jungarbeiter und macht die Zahlungen auf das Postkontonto Dresden 25 545 auf Margot Groh, M. d. L., Dresden-K., Columbusstraße 2.

Weitere Erhöhung der Brotpreise

Zur Hebung der Weizenpreise und der Getreidepreise im allgemeinen erhöht Schiele auf Grund des Getreidegesetzes zum Schutz der Landwirtschaft den Zoll für Weizen von 15 Mark auf 18,50 Mark. Gleichzeitig wird ab 1. Oktober die Zollfreie Getreideeinfuhr aufgehoben. Nur die Weizenherbemittelten sollen einen Zehnteil ihrer verbleibenden Höchstpreise einer Verbilligung von 20 Pf. pro Pfund erhalten.